

Dr. 299. 1909. 20. Jahrgang.

Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Anteilnahme an der Wahlreform...

Telephon Redaktion 3141.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Telephon Expedition 1206.

Dr. 299.

Donnerstag, den 23. Dezember 1909.

20. Jahrgang.

In Erwartung der Wahlreform.

Ob im Januar eine Wahlrechtsvorlage der preussischen Regierung kommt, ist ungewiss, noch ungewisser, was sie enthalten wird. Aber da eine Vorlage zu einem nahen Zeitpunkt doch kommen muß, ist es schon jetzt an der Zeit, sich mit den Möglichkeiten zu beschäftigen, die sich aus einem solchen Reformversuch der Regierung ergeben können.

Das Vorspiel zu der Einbringung einer Vorlage über die Wahlreform wird durch die in den nächsten Tagen erfolgende Veröffentlichung einer Statistik gebildet werden. Diese faßt die Ergebnisse der letzten Wahlen zusammen, die nach dem letzten Wahlrecht, wie der vorherigen, veranstaltet wurden, um möglichst sichere Unterlagen für eine gerechte Urteilsbildung über die politischen Wirkungen des geltenden Wahlrechts zu gewinnen.

Niemand erwartet, daß die Regierung Bethmann-Hollweg die Einführung des gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts beantragen wird. So viel Kraft, Verstand und guten Willen, wie zu einem solchen Unternehmen erforderlich wäre, traut kein Mensch dem neuen Reichkanzler und Ministerpräsidenten zu. Ebenso gilt es für ausgeschlossen, daß ein Versuch mit der Einführung eines in Deutschland noch unversuchten Privilegienwahlrechts gemacht werden könnte, denn neuen Experimenten und Erfindungen auf diesem Gebiete ist die Zeit nun einmal nicht günstig.

Die Aussichten auf ein preussisches Pluralwahlrecht sind in der letzten Zeit zweifellos stark gesunken. Erstens steht man in Pluralwahlen nach den schärfsten Erfahrungen kein ganz sicheres Mittel gegen das „Vordringen der roten Flut“. Zweitens haben die Nationalliberalen, die die eigentlichen geistigen Pfeiler und Befürworter des Pluralwahlrechts waren, durch die Sprengung des Blocks erheblich an unmittelbarem Einfluß auf die Regierungsschlüsse verloren.

So bliebe also weiter nichts übrig, als daß die pompös angekündigte Wahlreform bloß auf eine armelige Festschäufelerei am Dreiklassenwahlrecht hinausläuft, die alle Schichten der Bevölkerung erregt, aber keine befriedigt. Nun kann an einer so zerrissenen und zerstückelten Sache wie dem Dreiklassenwahlrecht auf verschiedene Weise gestrichelt werden, und darum sind auch der Reformprojekte mangelnde im Schwange. Auf freisinniger Seite zeigt man sich bekanntlich für ein geheimes, direktes Dreiklassenwahlrecht interessiert — eine recht knifflische Sache und eine echt „liberale“ Erfindung.

Ein anderer Vorschlag taucht jetzt im konservativen „Reichsboten“ auf. Danach soll an Stelle der berechneten Drittelung der Wähler eine Dreiteilung nach bestimmten allgemein gültigen Grundfähn stattfinden, so daß alle Wähler mit einem Einkommen von weniger als 2700 Mark in der dritten Klasse, alle Wähler mit 2700 bis 8500 Mark Einkommen in der zweiten Klasse, und schließlich die Wähler mit einem Einkommen von mehr als 8500 Mark in der ersten Klasse wählen würden.

Dieser Vorschlag bedeutet nichts mehr und nichts weniger als eine furchtbare Verschärfung des Dreiklassenwahlrechts. Arbeiter hätten dann überhaupt keine Aussicht mehr, in der zweiten Klasse wählen zu können, in der zweiten Klasse aber würde das abhängige Beamten- und Arbeiterpersonal den Ausschlag geben, die erste wäre der Plutokratie vollständig ausgeliefert. Weißt die jetzige Wahlkreiseinteilung bestehen, was durchaus wahrscheinlich ist, dann fällt das Schwerkriegsgewicht der Entscheidung den auf dem flachen Lande wohnenden 8500 Mark-Männern, das heißt den Konservativen und ultramontanen Gutsbesitzern zu, und nur einige hochindustrielle Gegenden hätten Aussicht, nationalliberal vertreten zu werden.

Von der Einführung des Reichstagswahlrechts in Preußen will natürlich auch der „Reichsbote“ nichts wissen. Und doch kann er sich nicht enthalten, den Nationalliberalen höhnisch vorzurechnen, daß auch das Reichstagswahlrecht „die sogenannte Reaktion noch lange nicht zerschmettern würde“. Sätten die letzten Reichstagswahlen über die Zusammensetzung des preussischen Abgeordnetenhauses zu entscheiden gehabt, so würde dieses zusammengesetzt sein aus 100 Konservativen, 18 Mittelständlern, 31 Freikonservativen, 100 Zentrumsabgeordneten, 55 Nationalliberalen, 56 Freisinnigen, 38 Sozialdemokraten. Also auch dann noch wäre der Einfluß der Nationalliberalen und der weiter links stehenden Parteien gleich Null, der schwarze Schnapsblock hätte die sichere Mehrheit.

Die Rechnung des „Reichsboten“ bestätigt glänzend, was von der sozialdemokratischen Presse immer wieder behauptet wird. Jedes Wahlrecht, das hinter dem allgemeinen, völlig gleichen, geheimen und direkten zurückbleibt, stößt nicht nur die Sozialdemokratie, sondern auch den bürgerlichen Liberalismus in die hoffnungslose Minderheit. Wollten die Nationalliberalen in Preußen die ausschlaggebende Stellung erringen, die sie jetzt in Sachsen und Baden innehaben, dann müßten sie nicht nur für ein wirklich gleiches Wahlrecht in Preußen, sondern auch für eine Stichwahlaktive eintreten, die ihre Spitze ausschließlich gegen die Rechte richtet. Jede andere Politik dient dazu, die preussische Junkerherrschaft für alle Zeiten zu erhalten.

Das begreift jedenfalls auch der Herr von Oldenburg. Und offenbar, weil die Liberalen es absolut nicht begreifen wollen, nennt er sie „konfus und koberig“. Der Reichsanzeiger veröffentlicht eine Verordnung, nach welcher der preussische Landtag auf den 11. Januar 1910 einberufen wird. Dann also wird der Kampf von neuem einsetzen.

Zum Kampf um den Alkohol

schreibt Genosse Parvus in seiner Korrespondenz:

Die nahenden Weihnachten erinnern wieder an die Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit unseres Kampfes gegen den Alkoholgenuss. Denn, wer während der großen Fiertage seinen Bier- und Schnapsverbrauch einschränkt, steht gleich den Erfolg und schöpft daraus Energie zur weiteren Entschlossenheit.

Leider sind gerade in der letzten Zeit einige Stimmen aufgetaucht, die bereits vor Ueberreibungen warnen — jetzt, wo wir noch in den ersten Anfängen der ganzen Bewegung uns befinden. Gewiß, der Sektensfanatismus, der innerhalb der komplizierten Tätigkeit der Partei nur sein beschränktes Spezialinteresse sieht, ist schädlich; aber sicher nicht minder gefährlich ist jener Konservatismus, der den Radikalismus der Partei dadurch wahren will, daß er ihre Tätigkeit einschränkt. Wir kennen diese warnenden Stimmen. Jedesmal, wenn sie sich erheben, kann man mit Sicherheit schließen: das Proletariat ist gerade daran, sein Tätigkeitsfeld zu erweitern. Immer der gleiche Refrain: „das können wir nicht leisten, folglich führt es zu einer Verzeitelung unserer Kräfte“. So war es bei der Gewerkschaftsbewegung in den 90er Jahren; so bei den preussischen und auch anderen Landtagswahlen; so nicht minder bei der Konsumvereinsbewegung.

Nein, das Proletariat ist gar nicht voreilig. Nur viel zu vorsichtig, viel zu langsam sind seine Schritte. Denn der ganze soziale Aufbau lastet auf dem Proletariat und die geschichtliche Tradition der unterdrückten Klassen obendrein. Das raubt ihm manchmal auch da noch den Mut des Entschlusses, wo die Kraft zum Handeln vorhanden ist. Gebremst wird genug von der Partei. Die größte und schönste Aufgabe der wissenschaftlichen Erkenntnis, der sogenannten Theorie, ist es aber, aus den sozialen Kräften der Produktionsentwicklung, die für das Proletariat wirken, ihm Hoffnung und Zuversicht zu schöpfen, ihm sein eigenes großes Werden zu erklären, aufzuräumen, klärend, zusammenfassend auf allen Gebieten seines öffentlichen Auftretens zu wirken. So, nicht anders, war die Tätigkeit unseres Karl Marx, von dem wir nicht nur die Schlußgedanken, sondern die Ideenentwicklung und die Methode übernehmen müssen.

Es ist kein Zufall, daß der Kampf gegen den Alkohol von der Partei mit solcher Begeisterung aufgenommen wurde. Die amtlichen Statistiken zeigen klar, daß auch abendies schon seit mehreren Jahren in den Massen eine Bewegung zur Einschränkung des Alkoholgenusses sich geltend macht. Nachdem also die Massen erst ihren Alkoholkonsum ganz enorm entwickelt hatten, begann sich überall die Ueberzeugung Bahn zu brechen, daß es zuviel sei, daß man sich einschränken müsse. Das ist der Moment, wo der mit Jubel aufgenommene Entschluß der Partei einsetzt.

Nicht weil die Trunkenheit zunimmt, sondern weil sie abnimmt, ist das bewußte Eingreifen der Partei und der Gewerkschaften notwendig und nützlich geworden. Diese Bewegung ist keine Schande für die Partei, im Gegenteil, sie offenbart den Kulturdrang und den starken politischen Sinn der deutschen Arbeiter.

Wir sollen ängstlich zurückweichen, wo sich vor uns eine reiche geistige Ernte auftut, daß unsere Kräfte kaum ausreichen, sie einzufahren!

Wir könnten viel leisten — sehr viel! Nicht nur, daß die Partei über die gesundheitlichen, wirtschaftlichen, politischen Schädigungen des Alkohols Aufklärung schafft — die Partei wirkt vor allem, indem sie die Masse wirkt offenbart. Wenn der Einzelne das Empfinden hat, daß sein Alkoholgenuss übermäßig ist, so können wir ihm nachweisen, was die Betäubung in Massen ausmacht, — dann erst wird er sich seines Irrtums bewußt.

Wir leben zu einer Zeit, in der man durch Einschränkungen der Produktion und des Absatzes die größten Wirkungen erzielt. Die Kohlen- und Eisenartikelle schränken die Produktion ein und steigern die Preise; es ist sogar gelungen, durch geschlossenes Zusammenwirken die Anbauflächen für Baumwolle in Amerika zu verringern und so die Preise hochzuhalten; die brasilianische Regierung hält den Kaffee in den Speichern und schränkt den Absatz ein; Würfelspekulanten kaufen die ganze Weizen- und Ackerernte Amerikas auf und erzeugen eine künstliche Brotnot; erst kürzlich haben sich die österreichischen Molkereien zusammengetan und der Bevölkerung Wiens einen Preisaufschlag von 2 Heller pro Liter diktiert, und Wien hat sich fügen müssen, — warum sollen nicht die Arbeitermassen durch Einschränkung des Konsums große Wirkungen erzielen können? Wir haben die Arbeitszeit eingeschränkt. Das hat uns zahllose und verworrene Kämpfe gekostet, Mühe und Not sind mit der Frage des Arbeitslohnes verbunden. Aber wir haben es doch erreicht! Wir haben in großen Streiks Hunderttausende von Arbeitern wochen- und monatelang das Nötigste entbehren sehen und ausharren, — warum nicht auch den Alkoholkonsum einschränken können? —

Nur nicht allzugleich das Werden zurückweisen, weil man dafür keinen Platz in der Vergangenheit findet. Wir müssen und werden es erreichen, und aus dem Erreichten wird das Proletariat neue Kraft und Zuversicht schöpfen, um seinen Klassenkampf auf breiterer Basis weiter zu führen.

Politische Ueberflucht.

„Ferrergerfindel“. Wie das Zentrum seine Wählermassen zu sanftmütigen weicht, wenn es Mandatsgefährdung wittert, dafür folgendes Beispiel aus dem jüngsten Stadtverordnetenwahlkampf in Duisburg. War schon in der Zentrumspresse und Flugblättern die Religion in allen Variationen ausgenutzt und unsere Partei als eine Partei der „Chorlosen“, „Christenshänder“, Ferrergerfindel, und dergleichen bezeichnet worden, so fand diese Kampfmethode einen ebenbürtigen Abschluß bei Bekanntgabe der Wahlergebnisse in dem Zentrumswahllokal „Union“, wo man auf einer großen Wandtafel die einzelnen Bezirksergebnisse folgendermaßen registrierte:

- Zentrum
- Liberalen
- Ferrergerfindel

Unter „Ferrergerfindel“ wurden die Stimmen unserer Kandidaten und die der Demokraten gebucht. Wochenlang cherterte man in dieser Tonart, ja, man gaukelte den aufgepeitschten Wählermassen vor, daß, wenn die Zentrumsliste nicht gewählt werde, es in Duisburg kommen könne, wie in Barcelona zur Zeit des Aufstandes! Bei solcher Kampfmethode ist es zu verstehen, wenn die aufgepeitschten Wählermassen zu Täuschlichkeiten übergingen, wie vor einiger Zeit gelegentlich einer großen Zentrumsversammlung in Duisburg, als Herr Trimborn aus Köln die Duisburger Zentrumsanhänger zur intensiven Wahl-tätigkeit aufgefordert hatte. Das „Ferrer-Gefindel“ hat sich dadurch rebanziert, daß es in der Stichwahl zwischen Zentrum und Liberalen den letzteren zum Siege verhalf. Während das Zentrum vor zwei Jahren im ersten Wahlgange mit rund 3700 Stimmen über die Liberalen mit 2700 Stimmen glatt siegte; ist es diesmal mit 6165 gegen 6213 liberale Stimmen unterlegen. Unsere Genossen, die vor zwei Jahren nur erst 700 Stimmen aufbrachten, erhielten bei der jetzigen Wahl annähernd 1300 Stimmen. Angesichts der beispiellos niedrigen Kampfmethode des Zentrums gaben sie den Ausschlag zu Gunsten der Liberalen. Nun küßt natürlich die Zentrumspresse im Duisburger Wahlkreise erst recht.

Freisinnige für die Obstruktion. Als im deutschen Reichstage bei der Beratung des Zolltarifs Sozialdemokraten und Freisinnige Vereinigung das Attentat der Agrarier durch Obstruktion abzuwehren versuchten, fiel ihnen die Volkspartei in den Rücken und erleichterte damit den Raubzug der Junker. Begründet hat sie damals ihre eigenümliche Haltung damit, daß sie ein gewähltes Parlament nicht durch außerparlamentarisches Verhalten an ordnungsgemäßer Arbeit hindern dürfe. Dieser Zustand herrscht bekanntlich in Oesterreich seit Jahren und es ist erst seit einigen Tagen mit Hilfe der Sozialdemokraten gelungen, ihn abzustellen, da er sich zu einem fürchterlichen Uebel des ganzen Staatswesens erwuchs. Was sagen nun die Hüter

der parlamentarischen Ordnung mit Bezug auf Oesterreich? Die „Presse“ schreibt:

Mit einer Vergrößerung der deutsch-freiwirtschaftlichen Parteien hat die Dauerfassung des Abgeordnetenhauses am Ende abgelehnt. Durch den Umfall der Christlich-Sozialen und dadurch, daß die Sozialdemokraten sich auch auf die Seite der Slaven schlugen, ist es nunmehr möglich geworden, die Geschäftsordnung des Hauses damit umzuändern, daß in Zukunft aus dem Hause nicht mehr gegen eine Besetzung obstruiert werden kann, die das Deutschthum schädigen. Der Unterfall, den die slavische Union den Deutschen gelegt hat mit ihrem Antrag auf Aenderung der Geschäftsordnung, dieselbe Union, die bisher sich die für sie Obstruktion getrieben hat, war einleuchtend. Die Christlich-Sozialen haben wieder einmal Vertrat am Deutschthum gestellt und sich schwer an der deutschen Gemeinlichkeit verkränkt. Die bösen Folgen für die Deutschen werden nicht ausbleiben, denn zweifellos haben die Slaven ihre Obstruktion nur aufgegeben, weil ihnen Verheißungen nationaler Art gegeben worden sind, die nur auf Kosten des Deutschthums erfüllt werden können.

Also steht auch der Freisinn auf dem Standpunkt, daß man für und gegen ein Prinzip sein kann, je nachdem es den eigenen Interessen nützt. Das ist die Jesulterei, die er sonst anderen zum Vorwurf macht.

Das Cochin-Schwein in amtlicher Besichtigung. Die „Nordd. Allg. Ztg.“ bringt eine amtliche Auslassung, in der es heißt:

Seit einigen Tagen laufen durch die Presse Mittheilungen, nach denen die Färbung der zum Festtage von 1.30 Mill. abzulassenden Gesetze mit Cochin Uebelstände im Gefolge gehabt haben soll. Namentlich wird behauptet, daß die Verwendung der gefärbten Gesetze in Futterzwecken die Gesundheit des Viehs schädliche Selbstverständlichkeit werden alle diese Angaben sorgfältig geprüft und es sind unerschrocken eingehende Erörterungen unter den beteiligten Stellen eingeleitet. Es wird kein Mittel unversucht gelassen, zu einer vollen Klärung zu kommen. Umso mehr erscheint es gerechtfertigt, ernstlich darauf zu warnen, daß durch die Behandlung der Frage ohne Not Mißtrauen erregt und namentlich die Viehzüchter im ganzen Reich beunruhigt werden. Ein Beweis dafür, daß die Vermuthung der mit Cochin gefärbten Gesetze schädlich wäre, ist bisher nicht erbracht. Dagegen kann schon jetzt als feststehend gelten, daß die erhobenen Beschwerden mindestens stark übertrieben sind.

Es wird dann erklärt, daß die Nachricht unrichtig sei, wonach ein mit der Herstellung dieses Farbstoffes beschäftigter Arbeiter, durch die Art dieser Arbeit eine Gesundheitschädigung erlitten habe. Hauptlieferanten des Cochin sind die höchsten Farbwerte, die ebenfalls die Schädlichkeit dieses Farbstoffes, dessen Herstellung ihnen Profite bringe, bestritten. Die Regierung erklärt weiter, daß auf dem hiesigen Versuchsgut Wecheln drei Monate hindurch Versuche mit 30 Schweinen angestellt worden sind, die folgenden Resultate ergaben:

Alle Versuchstiere bekamen gleichmäßig ein Grundfutter von Weizenmehl und Kartoffeln, daneben aber Reihe 1 unangefärbt, Reihe 2 Cochin, Reihe 3 Cochin, Reihe 4 Cochin, Reihe 5 Cochin, Reihe 6 Cochin, Reihe 7 Cochin, Reihe 8 Cochin, Reihe 9 Cochin, Reihe 10 Cochin, Reihe 11 Cochin, Reihe 12 Cochin, Reihe 13 Cochin, Reihe 14 Cochin, Reihe 15 Cochin, Reihe 16 Cochin, Reihe 17 Cochin, Reihe 18 Cochin, Reihe 19 Cochin, Reihe 20 Cochin, Reihe 21 Cochin, Reihe 22 Cochin, Reihe 23 Cochin, Reihe 24 Cochin, Reihe 25 Cochin, Reihe 26 Cochin, Reihe 27 Cochin, Reihe 28 Cochin, Reihe 29 Cochin, Reihe 30 Cochin.

Nach Ablauf der angegebenen Zeit erfolgte die Schlachtung und es wurden an den Versuchstieren an markfähigem Schlachtgewicht ermittelt:

in Reihe 1 82,1 vom Hundert
in Reihe 2 83,1
in Reihe 3 82,5

Die von Sachverständigen ausgeführte Untersuchung ergab ferner, daß das Cochin auf die Beschaffenheit des Fleisches und des fetten Lebers keinen Einfluß ausübt hatte.

Die königlich-preussischen Schweine auf dem Versuchsgut Wecheln scheinen demnach anders geartet zu sein, als wie das holländische Schwein, dessen rosigfarbte Eingeweide der Abg. Carstens im Reichstag herumzeigte. Sie hatten vielleicht von vornherein blaues Blut.

Das nichtkonfessionelle Zentrum. Wir teilten kürzlich eine charakteristische Anzeige der „Frierischen Landeszeitung“ mit, durch die das Descholz'sche Pfarramt amtlich zum

Wahl einer Kontraventionsversammlung aufforderte. Ein nettes Gegenstück zu diesem Interat liefert folgendes vom dem Vorliegenden der Duisburger katholischen Kirchengemeinde offiziell verhandelt, die Duisburger Stadtverordnetenwahl betreffendes Ermahnungsschreiben:

Sehr geehrter Herr! In meinem größten Bedauern habe ich aus den Aufzeichnungen anderer Mittheiler, die freilich nicht unsehbar sind, erfahren, daß Sie am 23. 24. November sozialdemokratisch gewählt haben. Nach sorgfältiger Durchsicht der beiliegenden Drucksache (ein entsprechendes Zentrumsmitschreiben) wird es Ihnen hoffentlich unumwunden erscheinen, als Katholik dem liberalen Kandidaten Ihre Stimme zu geben. Deshalb bitte ich Sie dringend, Zentrum zu wählen; sollten Sie das aus irgendwelchen Gründen für unzulässig halten, so bitte ich Sie ebenso dringend, sich wenigstens der Wahl zu enthalten. In vorzüglicher Hochachtung und mit freundl. Grüßen
Duisburg, den 13. Dezember 09.
J. A. Der Pfarrvorsitzende.
Reinermann.

Die Ruveris, in denen dies Schriftstück verhandelt wurde, waren gestempelt: „Zentrumspartei Duisburg, Petrispfarre“.

Das Pfarramt konstituiert sich also direkt als Wahlagitationsbureau der Zentrumspartei! Dennoch ist nach der Logik der Zentrumsgroßen das Zentrum eine rein politische Partei, keine konfessionelle. Höchst sonderbar!

Der Simplizismus hat recht. Er brachte kürzlich in Bild zum Schnapsbottich, auf dem ein Agrarier die kassierten Arbeiterklasse aufforderte, wenigstens solange Schnaps zu kaufen, bis der Sohn das Einjährige hinter sich habe. Ueber solchen Deutnants- und Referendarzuschuß grübt die Berliner Volksgemeinschaft nunmehr interessante Erinnerungen aus: Im Laufe der monströsen Dauerfassung des Reichstages vom 3. Juli vorigen Jahres, da der Kernpunkt der gloriosen „Finanzreform“, die Branntweinsteuer, in zweiter Lesung durchgedrückt wurde, ließ sich ein Redner laut dem stenographischen Berichte folgendermaßen aus (Stenographische Berichte Seite 9029).

Wenn man etwas in der Weise für unsere ostelbischen Großgrundbesitzer aus diesem Gesetz herauszuholen will, dann soll man wenigstens den Mut haben, es so offen zu sagen, wie es vor Jahren, als wir damals das letzte Spiritusgesetz machten, mit der Graf Besenbrot, der bei uns in ehrenvollem Andenken steht, offen heraus gesagt hat. Er hat mir damals, als wir das letzte Kompromiß machen wollten, und als ich ihm dahin beeinflusst wurde, doch diesem Kompromiß vom Standpunkte der gewerblichen Brennerereien aus beizutreten — ich habe es dann getan, leider! (Hört, hört!) —, gesagt: „Wissen Sie, es ist notwendig, daß wir das tun, denn anderenfalls sind unsere ostelbischen Großgrundbesitzer nicht in der Lage, die notwendigen Zuschüsse für den Leutnant-Sohn und den Referendar-Sohn zu geben.“ (Stürmische Jurufe: Hört, hört! — Bewegung.)

Das hat mir vorhin Graf Polodowsky gesagt. (Lebhafte Jurufe: Hört, hört! links.)

Meine Herren, das war wenigstens ehrlich. (Sehr richtig! links.) Das hat wenigstens den Vorteil, daß es ehrlich gesprochen war. (Abgeordneter rechts: Ehrlich, aber dumm! — Heiterkeit.)

Ja, so wie Sie die Gesetze jetzt gemacht haben, sind damals die Gesetze nicht gemacht worden; damals hätte man noch nicht das liberale Element vollkommen ausgeschaltet (Stürmische Jurufe rechts, lebhafteste Zustimmung links.), um unter sich solcher Art Gesetze auf Kosten der Spiritusverbraucher machen zu können. (Sehr gut! links.)

Der diese Worte gesprochen, war der rechtsnationalliberale Abgeordnete Semler. Die Dieselben arbeiten mit ihrer gesamten Liebesgabenpolitik lediglich in ihren Vorteilen. Das weiß man längst. Natürlich liebten sie ihren „Patriotismus“ als Fedmantel vor. Darum ist ihnen nichts fataler, als wenn jemand offen und ehrlich zugibt, daß die Steuern aus dem Säckel der Allgemeinheit lediglich den ostelbischen Großgrundbesitzern zufließen, damit ihre Söhne „Landesgemäß“ leben können. Nennt jemand das Ding beim richtigen Namen, so ist er natürlich ehrlich, „aber dumm“!

Nach Sachsen und Baden auch nach Hessen? Die Handelskammer in Darmstadt beschäftigt sich in ihrer letzten Sitzung mit der von der sächsischen und badischen Regierung veröffentlichten Denkschrift gegen die Schiffabgabe. Es wurde beschlossen, darauf hinzuwirken, daß die übrigen bestehenden Handelskammern sich zusammenschließen zu einem erneuten energischen Protest gegen die von Preußen geplanten Schiffabgaben. Dadurch soll erreicht

werden, daß die sächsische Regierung dem Wünsche der Badener folgen, und auch ihrerseits geeignete Schritte unternehmen. Verhörungen in der Reichs- und Bundesversammlung der badischen Kammer. Der Reichstag wird mit seinen parlamentarischen Einrichtungen immer mehr vorbildlich für bundesstaatlich gegebene Körperschaften. Die badische Regierung läßt jedoch eine Aenderung aus Abgeordnetenkreisen eine Vorlage ausarbeiten, welche im Dienste der Mitglieder der Kammer ein Sessionsverbot einführt. Die badischen Landtagsabgeordneten beider Häuser beabsichtigen, im Falle der Verträge von 19. Juli im Laufe des Jahres 1874 wurden 7 Stunden befristet. Es soll bisher das Maximum einer Sitzung während der Tagung für einen permanent anwesenden Abgeordneten 2000 Mk. betragen haben. Man erhofft von der Einbringung eines Vertrags nach Analogie der im Reichstage erarbeiteten Entschädigung eines wesentlichen Verlustes der parlamentarischen Session, die ein zweiwöchiger Aufenthalt ist. Eine Ersparnis an Geld und Zeit bedeutet auch die auf sozialdemokratische Anregung beschlossene Verminderung der Anwesenheitsgebühren in der Reichsversammlung der Abgeordneten. Mit dem Wiederzusammentritt der 2. Kammer am 10. Januar 1910 werden nach dem Vorbilde des Reichstages die Plenarsitzungen nur noch an den Nachmittagen stattfinden, damit am Mittags die Kommissionen berufen können.

Ein kleiner Journalistenstreik in der bayerischen Kammer. Ein varieller Journalistenstreik wurde dieser Abende in der bayerischen Abgeordnetenkammer mit promptem Erfolge durchgeführt. Das Haus streikte tief im Willkürkreis und konnte sich vor der Diskussion über Konventionen nicht retten. Als deshalb das Zentrum um 7 1/2 Uhr einen Vertagungsantrag abgab, drehten die mit doppeltem Sitzen wählenden genug gewählten Journalisten einfach die Köpfe aus und verließen die Tribüne. Unmittelbar danach hat sich das hohe Haus vertagt.

Mit welcher Gedankenlosigkeit die bürgerliche Presse zusammengeschrieben wird, dafür bietet die neueste Entschädigungsvorlage über sozialdemokratische Moral einen schlagenden Beweis. Entschädigung ist jetzt diese moderne Presse, voran die „Schlesische Zeitung“ über die allerdings unvollständige Broschüre des holländischen Genossen Gorter über den historischen Materialismus und zwar wegen der angeblichen Aufforderung Gorters, dem Genoss gegenüber unethisch vorzugehen, bittig zu sein. Die guten Titellieferer, die sich jedoch darüber entziehen, haben also schon vor Jahren, daß sie sich über die Broschüre und dieselbe angebliche Aufforderung Gorters bereits vor einem halben Jahre entziehen haben! Schon damals, als die Broschüre erschien, erhob die „Kreuzzeitung“ ein bezeichnendes Geschrei, und der Chor der feindlichen Verbündeten setzten stimmte ihr eifrig zu, aber schon damals wußten wir nach, daß es sich dabei um einen plumpen Schwindel handelte, um den beliebten Text nämlich, daß, was Gorter objektiv als Tatsache anspricht, als seine subjektive Anschauung hinzuweisen.

Einen ähnlichen Vorgang konnten wir schon einmal vor einiger Zeit konstatieren, wo die bürgerliche Presse innerhalb weniger Monate zweimal mit wörtlich dieselben Entschädigungsvorlagen angegriffen wurde. Auch damals hatte sie schon verstanden, daß sie sich breiig „entziehen“ hatte. Wenn die armeneligen Titellieferer selber ihre Entschädigungskontrollen so schnell vergehen, wie sollen sich dann die Leser daran erinnern?

Das Ganze beweist: der Sozialdemokratie ist so wenig etwas am Bräu zu finden, daß die bürgerliche Presse periodisch immer wieder den alten Kohl aufwärmen muß.

Das Zentrum als Rufer im Streit. Der Mittler zwischen Papst und Zentrum, der Abgeordnete v. Hertling, hat im katholischen Kasino in München einen Vortrag gehalten über Weltanschauung und Politik. Der Zentrumsdiploamat beantwortete ein Zusammenrufen aller staatsbehaltenden Parteien gegen die Sozialdemokratie. Darüber hat sich Abgeordneter v. Hertling allerdings nicht ausgelassen, ob er auch die vom Zentrum so gelobte gehalten liberalen zu den staatsbehaltenden Parteien rechnet. Nimmt man aber an, daß er den Liberalen ihre „staatsbehaltende“ Wissenschaft nicht abspriecht, dann ist seine Rede der Ruf nach der geschlossenen Phalanx des Bürgertums gegen die Sozialdemokratie. Vielleicht will das Zentrum beweisen, daß es die Aufgabe lösen kann, an der sich Bälou mit seinem Reichverband verzückt hat.

Am den Lehrermangel herabzumindern, will die preussische Unterrichtsverwaltung im nächsten Jahre zwei neue Seminare für Lehrer und Lehrinnen errichten. Sie hält die anbauende Verbesserung der Seminare und Präparandenanstalten als das beste Mittel, ein Herabgehen des Lehrermangels zu erzielen und stützt sich zum Beweise hierfür auf den ständig steigenden Besuch dieser Anstalten. Von den neuen Seminaren soll je eine für evangelische und katholische Schülerinnen sein. Man hofft, auf die Weise für die Schulen auf dem Lande mehr Lehrkräfte zu gewinnen, indem man Seminarstinnen aus kleinen Städten und vom Lande annimmt, die auch über die Pflichten hinaus an den ländlichen Schulen verbleiben.

Wir glauben nicht, daß dies das geeignetste Mittel ist, dem Lehrermangel abzuwehren. Bessere Bezahlung, mehr Bewegungsfreiheit und anglichere Behandlung würden entschieden mehr dazu beitragen.

Victoria.

Roman von Nina Kautzky.

(Manuskript verboten.)

Da die hiesigen Stickerarbeit eingeführt sei, würden sie mit Hilfe dieser rascher und verlässlicher arbeitenden Maschinen in derselben Zeit mehr Arbeit leisten und somit auch mehr verdienen können, als je vorher. Aber die Leute fanden dieser neuen Sachlage misstrauisch und unwillig gegenüber. Sie hatten die Maschine nicht wollen, es nicht glauben, daß eine Verbesserung an derselben ihnen zu gute kommen würde und die Erfahrung, daß der ersten Woche schienen ihnen recht zu geben. Die Arbeiter waren ebenso froh wie die Maschinen, sie waren gegenseitig noch nicht auseinander gerissen und verstanden sich nicht zu bekümmern. Die Leute arbeiteten festerhaft und langsam, trotz ihrer Ungeduld, aber eben deshalb; und als in der zweiten Woche ihr Verdienst, ungeachtet der Uebelstunden, unter dem normalen blieb, trat ein in Victoria bisher nie dagewesener Fall ein: stämmige Arbeiter erklärten, unter diesen Bedingungen nicht weiter arbeiten zu wollen. Sie verlangten die frühere Höhe des Verdienstes und nach andere Vergünstigungen und gaben ihre Forderungen schriftlich ein.

Diese wurden als unerfüllbar und durchaus unangehörig betrachtet und ihnen gesagt, daß, wenn sie nicht sofort die Arbeit wieder aufnehmen, man ihrer überhand nicht mehr bedürfe, da man sich andere und billigere Arbeitskräfte verschaffen werde.

Eine ungeheure Aufregung bewandigte sich aller. Wie, in dieser Weise sollte man sie in Schach halten? Andere Arbeiter sollten herzu und sie, die Angehörigen, die so lange geduldig geharrt und zugewartet, sie sollten jetzt, wo der Winter begann und jeder andere, auch der geringste Verdienst ausbleibe, unversorgt und in ihren Hoffnungen betrogen werden? Aber nein, nein, es war nicht möglich, man wollte sie nur schreien mit dieser Drohung.

Der Lohn war ein so niedriger, die Existenzbedingungen so unerträglich, daß nicht leicht andere Arbeiter dieselben abgelehnt hätten. Und gerade ihre Forderung, die Abgesperrtheit dieses industriellen Bezirks von den übrigen, die sie bisher so sehr beneideten, sollte ihnen nun auch einmal zum Vorteil ausschlagen, sie ließ keinen Zugang erwarten. Der Streik war ebenso allgemein als spontan.

Auch der arme Andreas schloß sich dem Streik an. Er bedurfte den Diner und schwer, er wollte ihn nicht zum Schaden seiner Kameraden bestreiten, aber wollte er ihn zerrüttern.

Aber schon am nächsten Tage erlosch das Gerücht und verbreitete sich rasch, daß eine Schaar böhmischer Arbeiter unterwegs sei und am zweitnächsten Tage hier eintreffen werde.

Die Sache war wohl lange vorher schon abgemacht und böhmische Arbeiter waren die Geißel, mit der man sie strafen wollte; aber mehr dem geduldigen Werkzeug!

Ein wilder grimmiger Haß wälzte empor, erregte alle schimmern Intelligenz.

Es ist der Haß der französischen Arbeiter gegen die italienischen, der englischen gegen die irischen, der amerikanischen gegen die chinesischen Kulis. Ihre elende kümmerliche Existenz wurde ihnen also freitlich gemacht und sie hatten sie zu verteidigen gegen Arbeiter, die in der Kultur noch zurück waren, das heißt, die noch bedürftiger waren als sie selbst, jünger und ausdauernder, ein noch elenderes Leben, eine noch schlechtere Behandlung sich gefallen ließen.

Der Tag war gekommen, an dem diese böhmischen Arbeiter mit der Bahn hier eintreffen sollten. Es war ein sonnenreicher kalter Nachmittag.

Die Berge umher waren weit herunter verschneit, ihre Gaurier von einer grauen Wollennasse umlagert, während die das Tal zunächst einziehenden Hügel mit ihren Föhrenwäldern tief schwarz erschienen.

Es war eine ernste, düstere Stimmung in der Natur, die Luft war schwer und so ruhig und still, daß jedes Geräusch auf große Entfernung bemerkbar war.

In einem fernen Gehöfte heulte ein Hund und jetzt hörte man das Rollen eines rasch dahinziehenden Wagens. Es war der Fabrikdirektor, der nach Hause fuhr.

Die Haltung der Arbeiter war in der Tat beunruhigend und man wußte, wie es bei gleichen Anlässen gekommen war. Die Streikenden versuchten die Neulingen zu hindern, die Arbeit anzunehmen, es kam zu mehr oder minder heftigen Zusammenstößen, und wenn auch schließlich die Ordnung wieder hergestellt wurde, so gab es doch eine Anzahl zerstreuter Feinde. Da war es denn kühnweise geboten, die Behörden von vornherein zu warnen und sich ihres Schutzes zu versichern, damit im gegebenen Fall ein Kravall sofort unterdrückt werden konnte.

Ja der Villa Fiedl wollte man kaum etwas von diesen in der nächsten Umgebung sich abspielenden Vorgängen. Hanna war zu tief in ihrem Schmerz versunken, war doch die Hoffnung, daß ihr Vater je wieder gesehen werde, eine überaus geringe und so sollte sie einsam und fremdlos in ihrer Villa, dem elenden Rest, der ihr geblieben war, dessen sie sich rasch zu entledigen suchte, da ihre jetzigen Mittel kaum für die Erhaltung desselben hingereicht hätten.

Angstumschlungenen Geistes, voll gehelmer Furcht sah sie der Zukunft entgegen. Und wenn auch Oswald treu zu ihr hielt und sie und ihre Mutter, die dem Geschehnis noch immer rat- und fassungslos gegenüber stand, in jeder möglichen Weise aufzurichten und zu trösten versuchte, so wußte sie gar wohl, daß es nur Mittel war, das ihn dazu bewog; es war das Gefühl für Ehre und Pflicht, nicht die Liebe.

Wie sie darunter litt, wie ihr Stolz sich dagegen empörte! Und könnte sie wirklich etwas vermögen, eine solche Verbindung einzugehen? Aber so oft ihr aufstrebender Stolz sie drängte, ihm zu sagen: Du bist frei, niemals werde ich die Deine! ward ihr die Seele wie zugeschnitten, denn vor ihrem schauernden Geiste erhob sich drohend ein gräßliches, das sie mit zitternder Angst erfüllte, ein unheimliches Gespenst, dem sie anheimfallen sollte und das man die Armut nennt.

Wiederholt mußte sie jetzt ihres einstigen Gewerbers Niehl gedenken, den sie der Schwäche geziehen und ihm hochwohl den Rücken gewendet, weil auch er vor diesem Gespenst gezittert und in seiner Liebe zu ihr nicht die Kraft fand, es zu überwinden.

Ach, ihr übermühtes Kraftgefühl von damals entsprang der Unkenntnis allein. Sie konnte es noch nicht, das tausendarmige Ungeheuer, das seine Beute erbarmungslos festhält, um ihr den Lebenssaft aus allen Poren zu saugen; jetzt aber, wo sie mit Schritt und Tritt Menschen mit hohlen Wangen, mit trunkenen, entzündeten Augen begegnete, und arme verzerrte Kinder, denen das Stiehmum seinen fleischlichen Stempel aufgedrückt, jetzt fand sie nicht mehr den Mut, der Armut in die Augen zu sehen, sie verhielt sich schauernd ihr Anblick und aus tiefstem Herzen rief sie: Alles, alles, nur das nicht!

Und da hatte auch schon beschwichtigend die Klugheit und rannete ihr zu, daß sie Oswald einen schimmern Dienst erweise, wenn sie ihre Verbindung rückgängig mache, es würde einen Schatten auf seine Ehre und auch sein Ruf als Künstler wieder darunter leiden.

Und die Strelitz führte sie vor den Spiegel, der ihre Gestalt in all' ihrer Launen Herrlichkeit zurückwarf. Ruckte ihr Blick nicht so vollkommener Bild geben, daß jeder andere Künstler nicht nichts an ihr auszufügen finden und sie ist voll Geist und Kalte, die hoch allein die edelsten und dauerndsten Freuden vermitteln.

Und schließlich, wo war es denn, dieses Mädchen, das sich zwischen sie gestellt hatte, wo blieb es? Warum ließ es nichts weiter von sich hören? Hatte es ihn bereits vergessen, oder war es gefahren, was er fürchte, war sie in jenen Abgrund geraten, aus dem es für ein Weib kein Emborsiegen mehr gibt? (Fortsetzung folgt.)

Praktische Weihnachtsgeschenke!
Regenschirme 6010
 für Damen, Herren und Kinder
 empfiehlt in grösster Auswahl
Franz Nitschke, Schirmfabrik,
 Ring 34 und Schweidnitzstrasse 51,
 Gegr. 1847. vis-à-vis Heuel. Eckhaus Junkernstrasse.

Volkswachtleser
 kaufen spottbillig
Winter-Paletots, Joppen, Hosen
 und Knaben-Garderobe
 nur bei 5576
B. Richter
 16 Scheitnigerstr. 16
 Hauptgeschäft Schmiedebr. 55.
 Jeder Käufer erhält ein Geschenk.

Weihnachtsgeschenke.
 Juwelen, Gold- und Silberwaren,
 Uhren, Trauringe etc.
Neuheiten
 in Broschen, Ringen, Nadeln, Arm-
 bändern, Knöpfen u. Spazierstöcken
 zu sehr billigen Preisen.
Alfred Herzog
 Juwelier und Goldschmied,
 Breslau, Ohlauerstrasse 8.
 2. Viertel vom Ring 5729

Weihnachtskonfekte aller Art
 nur eigene Fabrikate
 das Pfund von 50 Pfg. bis 2.- Mk. 5852
Pfefferkuchen aus reinem Honig
 alle übrigen Waren bei Aufnahme von 1 Pfund zu Ungleichheiten
 entspricht die 1879 gegründete
Schokoladen- u. Zuckerverwaren-Fabrik
Gustav Arnold, Gräbischerstr. 26
 u. Mendorfstr. 61.

Laterna magica
 schönstes Geschenk für die Kinderzeit.
Neu! Spezial, Neu!
 Mk. 6.00, 7.00, 9.00, bewährte
 Climax 100 Stück moderner Silber,
 Mk. 9.50, 13.50, 18.00, 28.00.
„Triumph“
 mit 50 Stück der schönsten Silber,
 Mk. 1.50, 2.50, 3.00.
 Mk. 50 St. Silber mit 4 St. bewährte Silber
 Mk. 4.00, 5.00
 Mk. 100 St. Silber, 9 Würfel, Sanitätskasten
 mit 3 St. bewährte Silber Mk. 5.00.
Kino
 auch als Lat. magica zu kaufen, Neu!
 Mk. 3.75, 4.50, 6.00, 10.00, 13.00 ufm.
 Filmas von Mk. 0.40 an.
Dampfmaschinen
 mit Hebelzugkraft Mk. 1.25, 1.50, 2.00, 2.50, 3.50

Dampfmaschine Neu! „Ideal“ Neu!
 schönste Maschine Mk. 8.50, 12.00, 16.50, 22.50 ufm.
 Betriebs-Modelle von Mk. 0.35 an. **Große Auswahl!**
Eisenbahnzug Dampf 2 Räder, Mk. 1.50,
 mit Hebel Mk. 1.00, 1.25, 2.00, 2.50, 4.50, 6.00, 7.00 ufm.
 Brillen, Pinneten, Augengläser in jeder Preislage.
 Opern- und Ferngläser, Barometer von Mk. 6.00 an.
 Große Auswahl. — Billige Preise. — Preislisten gratis.
Richard Heilbrich, Optiker,
 Neue Schweidnitzstrasse 14, Ecke Gortzstrasse.

Uhren
 und
Goldwaren
 am billigsten unter Garantie
 bei
Richard Glänzel
 Uhrmacher
 15 Neue Sandstr. 15.

„In freien Stunden“.
 Fabrikante Roman-Bibliothek, seit 10 Pfennige
 durch die Expedition und Kolportage zu beziehen.

Höchst wichtig
 für
Hausfrauen!
 Feine Vanille-
 Stücken-Schokolade
 à Pfd. 80 Pfg.
 bei 10 Pfd. 1 Pfd. Rabatt
Cacao-Pulver
 à Pfd. 1.00, 1.20, 1.60,
 2.00, 2.60 Mk.
Kandlerter Cacao
 immer frisch, à Pfd. 25 Pfg.
Tee's neuer Ernte
 à Pfd. 1.40, 1.60, 2.20,
 2.40, 2.80, 3.40, 4.40 Mk.
Grün-Tees
 à Pfd. 1.40 und 1.60 Mk.
 Gefüllte Honigbienen-Boudons
 à Pfd. 80 Pfg.
Wilhelm Boese
 Breslau I, Dorotheenstr. 3
 Schokoladen-,
 Cacao- u. Zuckerwaren-Fabrik.

Möbel
 Gute Waren spottbillig
 auf
Abzahlung
Anzüge
Neberzieher,
Kindertwagen
Anzahlung
Nebensache!
Max Biermann
 52 Ring 52, 1. Stg.
 neben der Stadtkasse.
 Filiale:
 Waldenburg i. Schl.
 Auch nach auswärts.

Was schenke ich?

1 abwaschbare Hausschürze	entzückende Leinwandimitation	1.20
1 Waschlischschoner		30
1 Elmeruntersatz mit Rand		75
1 Frühstückstasche		25
1 Markt Tasche, 1 Büchertasche		85
1 abwaschbare Kinderschürze,		
1 Schlittschuhtasche		1.00
1 Tasche für Turn- und Tennisschuhe		65
1 Tasche für Bahys		40
1 echte Gummischürze	undurchdringl., speziell für Waschhausarbeit.	
1 echt japanische Badmatte		75
1 extra dicke Cocosmatte	bis 4 m lang, für kalte Fussböden (auf Fliesen etc.)	
1 Cocost Teppich, 1 Cocosläufer,		
1 Korkmatte vor die Badewanne,		
4 Mir. fl. Linoleumläufer		für 2.60
1 abrepasster, starker Linoleum-Teppich,	180x230 cm gross, nur soweit Vorrat	für 9.50

Unsere berühmten abwaschbaren Tischdecken,
 herrlichste Damast- und Fantasiemuster, in unerreichter Auswahl,
 sehr preiswert.

Neu! Weihnachtsbaum-Decken Neu!
Sensations-Verkäufe
 in
Inlaid-Linoleum-Teppichen
 (Muster unabtreibar) bis 400x400 cm gross
 speziell für Weihnachtsgeschenke reserviert geblieben, zu spottbilligen Preisen!
 und viele andere schöne Geschenke aus unserem
 :: Riesenlager zu stadtbekannt billigen Preisen! ::
Stückrath & Co.
Linoleum-Haus 6044
Nur Ring 7, Kurfürstenseite. (Keine Filialen!)

Möbel-Kauf-Haus
Albert Nowotny Weidenstr. 23/24
 ::: **Aeusserst billige Preise.** ::: 5870

Schlesische
Zonophon-Centrale G. m. b. H.
 Breslau I, Bücherplatz 20, Ecke Ring,
Paul Berger | **Albert Jeske**
 Musikhaus | Musikhaus
 Gräbischerstr. 58 | Friedrich-Wilhelmstr. 91
Bernhard Wedler, Klosterstr. 15, Ecke Feldstrasse
 empfehlen 5951

Sprechmaschinen
 nur erstklassiger Fabrikate in
allen Preislagen
 von der einfachsten bis zur elegantesten Ausführung.

Lassen Sie sich unsere
trichterlosen Apparate
„Parlonette“
 vorführen.

Schallplatten
 fast sämtlicher Marken u. a.
Original-Zonophon 2 00
 gelb und grün Mk. 3.— u.
Original-Grammophon
 und Kalliope etc.

Billige Platten von 25 Pfg. an, grosse doppelseitige Platten 1,25 Mark.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 22. Dezember.

Geschichtskalender.

23. Dezember.

1697 Der Dichter Martin Opiz von Biberfeld in Linzau *.
1888 König Jakob II. (Stuart) vertrieben.

Zur Bekämpfung der Schundliteratur.

Wir werden um Abdruck des folgenden Artikels gebeten:
Im Laufe des vergangenen Jahres ist es gelungen, zum Kampfe gegen die Schundliteratur, der bisher fast ausschließlich in der Stille in der Schule ausgefochten wurde, weitere Kreise zu gewinnen. Staatliche und kommunale Behörden, Lehrerschulen, Geistes- und Vereine, die sich mit Jugendschutz beschäftigen, suchen nun auch hier in Breslau gemeinsam den Kampf unserer Jugend zu verbinden. Und es ist wirklich hohe Zeit; denn die Fälle, in denen Verfehlungen von Kindern auf Versehen von Schundliteratur oder, was ähnlich verderblich wirkt, auf Besuch von Kine- matographen zurückzuführen sind, werden immer häufiger. Für die, die immer noch nicht an die Gefahr glauben wollen, einige Beispiele aus der Schulpraxis:

Ein Knabe, bisher fleißig, ordentlich und folgsam, fing an, in seinen Arbeiten nachlässig und lüderlich zu werden; in der Schule war er un aufmerksam, den Eltern gegenüber schamlos und unaufrichtig; er glaubte sich verfolgt und litt an Schlaflosigkeit und schweren Träumen. Schließlich blieb er öfter tagelang von Elternhaus und Schule weg. Nun erfährt der Lehrer durch den Vater, daß der Junge der Schundliteratur verfallen war. Eltern und Lehrer ist es gelungen, ihn von seiner Krankheit zu befreien.

Ein anderer Knabe machte sich verdächtig, indem er Kinematographen führte und selbst häufig dort verkehrte. Dabei wurde er in Schule und Haus immer nachlässiger und unfolgsamer. Gefragt, woher er das Geld habe, gab er an, es von einem Herrn für kleine Dienste erhalten zu haben. Durch Nachfrage bei den Eltern erfuhr der Lehrer, daß das Geld der Mutter gestohlen war.

Ein Mädchen kam eine Stunde zu spät zur Schule und gab als Entschuldigungsgrund an, der Vater habe eben die Mutter erschlagen, sie habe daher unwillig kommen können. Auf die Nachfrage durch die Polizei ergab sich, daß die Angabe unwahr war. Auch dieses Mädchen war durch häufiges Lesen von Schundromanen auf die fast unglückliche Ausrede verfallen. Auffklärung der Eltern und Verbreitung guter Lektüre sind die Hauptbekämpfungsmittel gegen die Schundliteratur, und nach beiden Seiten ist in Breslau schon eifrig gearbeitet worden. Die hiesige Schulaufsicht hat nun unter Zuzugung von Vertretern der Lehrerschaft und sonstiger beteiligter Kreise in „Flugschrift“ herausgegeben, das den Eltern die notwendige Aufklärung und Belehrung geben soll. Dieser Flugschrift ist am 21. d. M. an alle Kinder der ersten vier Klassen sämtlicher hiesiger Volksschulen (nicht auch den anderen?) verteilt worden. Es heißt darin unter anderem:

„Eltern! Schützt Eure Kinder! Väter und Mütter! Beim Einkauf von Nahrungsmitteln achtet Ihr peinlich darauf, unverbundene Ware für Eure Lieblinge zu erwerben. Ihr wisst: Gute Nahrung bildet einen gesunden Körper. Wie steht es aber mit der Nahrung für den Geist Eurer Kinder? Achtet Ihr ebenso peinlich darauf, was Eure Kinder lesen?“

Sehr häufig ist zu beobachten, wie sich Kinder, junge Leute, ja selbst Erwachsene vor Bapier- und Zigarettenläden, Zeitungsständen und Kolportage-Buchhandlungen zusammendrängen und mit gierigen Blicke die ausliegenden Hefte betrachten. Auch die meisten Kolportage-Romane, die sich oft durch Duzende von Hefen hinziehen, gehören zu der nämlichen verderblichen Art von Büchern.

Sinter den aufreizenden Titeln und den grellen, jedem Schönheitsfanne Sohn sprechenden Bildern verbirgt sich ein Inhalt, der meist nichts anderes ist als eine wilde und sinnlose Anbahnung von Abenteuern, Nordjungen oder geradezu unsittlichen Vorgängen.

Unwiderbringlich kann dadurch die Unschuld und Herzreinheit der Jugend verloren gehen. Die Phantasie wird mit verderblichen Bildern erfüllt, der Sinn für die Wirklichkeit zerfällt, der Geschmack verdorben. Die Kinder werden unfähig zur Freude an guten Büchern; sie werden zerfahren und arbeitsunfähig. Die genaue Beschreibung begangener Verbrechen ist oft schon der Anreiz zu ähnlichen Verbrechen gewesen.

Wer hat den Nutzen von dieser Leselust und Dummheit der Leser? Das sind die Verfasser, Verleger und Verkäufer der Schundhefte! Sie machen ein glänzendes Geschäft mit den Spargroschen Eurer Kinder, denn taufendfach wird ihre schlechte Ware von groß und klein gekauft. Der Schreiber der Geschichtchen erhält 25 bis 100 Mark und kann in jeder Woche eine solche Schundgeschichte zusammenschreiben. Die Herstellungskosten eines Heftes betragen für den Verleger 2 bis 3 Pfennig. Ein Berliner Verleger hat jährlich 2½ Millionen Mark an diesem Schund verdient. Der Händler verdient an einem Zehnpfennig-Heft mindestens 4½ Pfennig.

Beachtet folgende wohlgemeinte Ratsschläge:
Ueberwacht das Bücherlesen Eurer Kinder!
Beobachtet sie, besonders wenn sie heimlich lesen!
Leset aber Ihr auch selbst solche schlechte Bücher nicht!
Verbietet Euren Kindern, solche Schundschriften zu kaufen oder zu leihen, und laßt sie ihre Einkäufe nur in solchen Geschäften besorgen, die keine Schundliteratur führen!

Rechnet ferner Eure Kinder nicht in Varietee-Vorführungen und unpassende Theaterstücke mit und gestattet ihnen nicht den Besuch der Kinematographen-Theater ohne Eure Begleitung.

Schickt die Kinder hinaus auf die Spielplätze, in die Badeanstalten, auf die Eisbahnen, daß gesunde, kräftige Bewegung ihren Betätigungsdrang stillt. Das ist gesünder und besser für die Kinder als das viele Stillstehen und Lesen!

Leht nicht länger gleichgültig zu, wie Eure Kinder verdorben werden! Helft der Schule im Kampfe gegen diesen schlimmen Feind der Jugend!

Das ist Eure heilige Elternpflicht!
Breslau, im Dezember 1909.

Die städtische Schuldeputation.

Vom Grafenkinde zum Proletarier abanzert.

Der Proletar Kwidledki wird noch lange in den öffentlichen Erörterungen nachhallen, da sein Resultat wohl wert ist, nach allen Seiten beleuchtet zu werden. Dabei läßt auf seine Mutter, die Bahnhofsstraßenweberin, ein merkwürdiges Licht. Sie, die doch ihr Kind für launige 100 Gulden verkauft, also schon gar keine Anbiederung mehr darauf hatte, soll sich neuerdings, wie die Mütter melden, bereit erklärt haben, gegen eine angemessene Entschädigung den Jungen der adeligen Sippe weiter zu überlassen. Mütter der Welt! und Schmerz um ein verlorenes Kind scheinen nicht die Frau nicht veranlaßt zu haben, mit dem Gelde der nach Brodeto wühlenden Nerven um den 12-jährigen Knaben zu kämpfen. Das ist es, was der Angelegenheit einen peinlichen Anstrich gibt. Wie anders würde man sich stellen können, wenn ihr Sieg wirklich ein Sieg über jenseitliche Habgier wäre! So aber bedeutet das Urteil nur den Sieg eines Grafensipps, der jetzt den Tod des alten Kwidledki abwartet, um von seinem Gute Besitz zu erlangen. Und da die Sippe eine angebotene Verachtung aller Proletariatskinder mit auf die Welt gebracht hat, läßt man bereits allen Vätern mitteilen, daß der Rechtsbrüder der Frau Mayer gelagert habe, eine den Kwidledki verwandte blaublätige Familie bräutigam, den Jungen zu adoptieren. Damit er vor der „Schande“, als Proletarier leben zu müssen, behütet bleibe!

Diese freche Arroganz paßt ganz in den Rahmen des Bildes, das man sich im allgemeinen von den preussisch-polnischen und polnisch-preussischen Aristokraten macht. Ihnen sei deshalb gesagt, daß sie erst einmal lernen sollten, die Ehre zu schätzen, einen Proletarier unter sich zu haben. Wir und Millionen Deutsche mit uns würden alles denn eine Ere darin sehen, zum Aristokraten verbannt zu werden. Wir würden nicht, wer in unserem Vaterlande mit allem Rechte verhaßt und widerlicher in ihrer Habgier und dreier Ueberhebungsstucht und Faulheit wäre, als die Aristokratie, vor allem die ostelbische. Wir würden den armen Proletarier bewahren, von dem ein Gericht plöblich erklärte, daß er der Sippe der Raubritter und Volksausplünderer angehöre und können den jungen Meyer nur herzlich zu seiner Karriere vom Grafensipps zum Proletarier beglückwünschen. Wenn er die letzten Bande gewissen haben wird, die ihn noch mit der Klasse der Aristokraten verbinden, wird er sicher der Welt als Arbeiter, einerlei ob als Pan- oder Rodarbeiter, mehr nützen, denn als faulender Mittergutsbesitzer. Positiv kommt er jetzt in die richtigen Hände, damit er lerne, den Wert des reich-tumserzeugenden, alle Werte schaffenden Proletariats zu schätzen und zu achten! Etwa so, wie der Lehrling Oswald Stein in Shakespeares Roman „Problematische Naturen“, den ebenfalls im Jubiläumskampf seiner blaublätigen Umgebung nur die Achtung vor der menschlichen

Arbeit und der Klasse der Arbeitenden in allen Stürmen des Lebens aufrecht hielt. Wird der junge Meyer den Weg Oswald Steins finden?

Der junge Graf Kwidledki befindet sich seit dem Tode der Mutter in Pension bei dem Universitätsprofessor von Lessen-Wessertsh in Breslau, Platzstraße 3. Der junge Graf besucht das Magdalenen Gymnasium in Breslau und ist gegenwärtig in Unter-Tertia. So teilen Berliner Blätter mit.

Wie eigentlich das Posener Oberlandesgericht zu seinem Spruch gekommen ist, wird jetzt von einer Korrespondenz wie folgt erklärt: Das Oberlandesgericht Posens ist zu seiner dem Urteil zugrunde liegenden Auffassung hauptsächlich durch die Aussage eines Zeugen bestimmt worden, der zwar schon im Oktober 1903 in dem Strafverfahren vor dem Berliner Geschworenengericht vernommen worden ist, damals aber sich auf die Verantwortung der an ihn gerichteten Fragen beschränkt hatte. Dieser Zeuge, ein Witzsachbar der verstorbenen Grafen Kwidledki, wurde vor dem Posener Gericht sehr eingehend befragt, und er wußte von Versicherungen der Gräfin zu berichten, die als ein Eingeständnis der behaupteten Kindesunterziehung aufzufassen gewesen sein sollen. Die Aussage dieses Zeugen gab bei der Würdigung des gesamten Beweismaterials den Ausschlag.

Zusfugt Bronner in Berlin, der Verteidiger der Gräfin Kwidledki in dem großen Sensationsprozeß wegen Kindesunterziehung, gibt seiner Ansicht dahin Ausdruck, daß er noch vor fest davon überzeugt sei, daß der junge Josef wirklich der Sohn der Gräfin Kwidledki sei. Dafür spricht, so führt er aus, besonders die große Ähnlichkeit des jungen Grafen mit der Gräfin sowie gewisse Familienähnlichkeiten, wie zum Beispiel der schleppende Gang, der eine große Ähnlichkeit mit dem gleichartigen Gang des Grafen Kwidledki ausweist, dann die eigentümlich tiefe Stimme des Knaben. Ferner existieren verschiedene Photographien der Schwägerin, als diese sechs Jahre alt waren, also dasselbe Alter hatten, wie zurzeit des Prozesses der junge Graf, und der Vergleich der Photographien mit dem Knaben ergab eine geradezu verblüffende Ähnlichkeit. Solche Ähnlichkeiten wurden noch bestätigt während der ersten Instanz des jetzt abgeschlossenen Zivilprozesses in Posens. Sin-zugezogene Ärzte und Künstler fanden übereinstimmend noch weitere Ähnlichkeiten, so zum Beispiel an der Zahnstellung und an den Händen. Die Gräfin, die inzwischen gestorben ist, war auch bereit, während der ersten Instanz in Posens den Eid zu leisten, daß der junge Graf ihr Sohn sei.

Selbstverständlich hat sich bereits ein Blatt gefunden, das die Frau Meyer interviewt hat, wenn auch nur telegraphisch. Es ist das „Berliner Tageblatt“. Es teilt folgendes mit:

Nach Verkündung des Urteilspruches des Posener Oberlandesgerichts wandten wir uns telegraphisch an Frau Meyer, die jetzt, wie berichtet, mit ihrem Mann in Wotenswald in Mähren wohnt, und bat sie um ihre Ansicht über das gerichtliche Urteil. Frau Meyer sandte uns heute ein Telegramm, das folgenden Wortlaut hat:

„Ich freue mich, meinen verlorenen Sohn wiedergefunden zu haben. Cecile Meyer.“ — Es wäre auch sehr schümm um die Weltgeschichte gewesen, wenn dies Telegramm un veröffentlicht geblieben wäre!

Geradezu böß ist es, wenn einige Blätter, sogar das „Berliner Tageblatt“, sich schon den Kopf darüber zerbrechen, ob der Kleine den abfuren Namen Meyer tragen kann, ohne als Mensch weicher Klasse zu gelten. Und man hat auch bereits erwidert, daß der Junge, wenn das Urteil Rechtskraft erlangt, sich Barca nennen kann, da Cecile Meyer eine geborene Barca sei! Dabei verschweigt man aber noch, daß der Vater des Jungen ein leichfertiger (österreichischer?) Hauptmann war. Schließlich ist der bisherige Graf gar kein bewährter Reichsangehöriger, sondern Oesterreicher!

Wahl und Behandlung des Weihnachtsbaumes.

Alljährlich wiederholt sich in unseren Städten das Wunder, daß über Nacht auf Straßen und Plätzen ein grüner Wald emporwächst. Und das geschieht im Winter, etwa zehn Tage vor Weihnachten. Leider hat dieses Grün keinen langen Bestand, denn es steht auf Ausverkauf. Von den Straßen wird es in die Häuser getragen, und am Christabend sind die Verkaufsstände bis auf einige Zweige und Zweiglein leer, dafür strahlen in den Säulern, bei Fecht und Arm, die gold- und silberfunkelnden Christbäume. Jetzt ist die Zeit, da die Frage wird aufgeworfen: was für einen Baum kaufen wir diesmal?

Kunst, Wissenschaft und Technik.

Die Prüfung der Coopschen Papiere. Nach einem Telegramm aus Kopenhagen von gestern Mittag hat die Kommission zur Untersuchung der Dokumente Dr. Coops folgendes festgestellt: „In den uns zur Untersuchung übergebenen Papieren ist kein Beweis vorhanden, daß Dr. Coop den Nordpol erreicht hat.“

Ein Jahr mit 13 Monaten. Auf dem in Santiago de Chile tagenden panamerikanischen wissenschaftlichen Kongreß hat der peruanische Mikrorom Besse eine Kalenderänderung beantragt, wonach das Jahr aus 13 Monaten bestehen soll, von denen jeder vier Wochen umfassen würde. Der Vorsitzende dieses Kongresses hat in einer Denkschrift die Vorteile des Mondjahres dargelegt, und mit besonderem Nachdruck betont, daß die Menschheit durch diese Änderung dem Monde, dessen gewaltigen Einfluß auf unseren Planeten die Wissenschaft durch immer neue Entdeckungen nachweist, eine wohlverdiente Huldigung darbringen würde. Der Kongreß hat zwar den Vorschlag des 13 Monatsjahres sehr sympathisch begrüßt, doch gleichzeitig erklärt, daß seine Verwirklichung sich kaum durchführen lassen werde.

Aus aller Welt.

Berliner Straßenszene. Man schreibt dem „V.“ folgendes: Dieser Tage wurde ich Augenzeuge einer Szene, deren Einzelheiten ich der Öffentlichkeit übergeben möchte. Von der Straße Unter den Linden kommend, durchquerte ich das Brandenburger Tor, als ich einen hochaufgeschossenen Herrn sah, der auf drei schlicht gekleidete, den besseren Ständen angehörende Damen zusprach. Er packte die eine von ihnen am Arm und versuchte sie mit sich fortzuführen. Die Dame kränkte sich zuerst leise, dann heftiger gegen diesen Akt. Der Herr — edem war klar, daß hier ein Akt seine Ehre geltend machte — packte die Frau an Arm und Schulter und suchte sie aufzuschleifen. Während er es an Rufen und Drohungen nicht fehlen ließ, ließ die Dame alles schweigend, nur bei ihrem Zureden verharrend, über sich ergehen und hat nur eine ihrer Begleiterinnen leise, sie nicht zu verlassen.

An einer Säule des Brandenburger Tores lehnte die wichtige Gestalt eines Schutzmanns. Zu diesem Standort schließt der Herr seine Ehefrau, die gerade vor dem Hüter der Ordnung in den Straßenschmuck kniff.

„Schutzmann! Das ist meine Frau. Sie weigert sich, mit mir zu gehen!“

„Aut ma leid! Jetzt mich nicht an! Nehmen Sie 'n Auto!“

„Also he!!! Auto!“
Und nun begann eine Szene, an die man sich nur mit Widerwillen erinnert.

Vor einer großen Menschenmenge zerrt der Gatte die sich verzweifelt Wehrende empor. Die Unglückliche windet sich in den Umklammerungen des Mannes; aber der packt sein „Eigentum“ um so fester und schreist es weiter, bis er es im Automobil sicher verkauft hat.

Die Menschenmenge sah dem Drama zu, wie man sich bei der Valgerei von ein paar Stunden amüßert. Ich machte einen energischen Versuch zu intervenieren, wurde aber hieran von dem Schatzmann mit größter Entschiedenheit gehindert.

Ist dieser Fall typisch für Berlin? Es ist nicht das erste Mal, daß ich ähnliches hier erlebte. In Paris, Wien oder London wäre dieser „Besuch“ nicht ohne eine gehörige Tracht Prügel weggelassen. Aber ich behaupte, daß auch in den Großstädten Rußlands und der Türkei so etwas unmöglich gewesen wäre, weil das Publikum einmütig eingeschritten wäre, eine Dame gegen Mißhandlungen auf offener Straße zu schützen, ganz zu schweigen von den romantischen Ländern und vor allem von den Vereinigten Staaten, wo der „Gentleman“ riskiert hätte, am nächsten Laternenpfahl aufgenährt zu werden. Dem Engländer, Franzosen, Amerikaner, Spanier, Türken, Japaner — man könnte die Reihe noch viel weiter fortsetzen — ist die Ritterlichkeit einer Dame gegenüber angebornen Tugend; der Amerikaner treibt sie bis zur Exzentrizität. Und der Deutsche? Tacitus erzählt von den Deutschen der Römerzeiten, daß sie ihre Frauen wie Äugäpfel hüteten. Warum ist diese deutsche Tugend abhanden gekommen?

Königliche Geschäftsstrids. König Leopolds Behauptung, daß er nur 15 Millionen besitze, hat, wie der „Inf.“ aus Brüssel geschrieben wird, das größte Aufsehen hervorgerufen. Man fragt mit Recht, wo die Millionen seiner kleineren Frauen geblieben sind, die er außer den 15 geerbten Millionen noch hätte haben müssen, und wie er sich zu verschaffen wußte als er im Kongo in Geldverlegenheiten war. Aus dem Kongostaat hat er im ganzen ein Vermögen von 450 Millionen Francs gezogen. Seine Verkäufe in den letzten Jahren haben ihm an 200 Millionen Francs gebracht. Es ist unter diesen Umständen sehr erstaunlich, daß er nur 15 Millionen Mark besitzen will, und daß er sogar das Vermögen seiner Kinder, welches ihnen von der Seite ihrer Mutter regelmäßig zukommt, im Testament nicht einmal erwähnt hat. Wenn auch der König ein sehr köstliches Leben führt hat, bei dem keine

sehr kleine (?) Abgabe nicht im Entferntesten reicht, und wenn man auch die Ausgaben für den Kongostaat hinzurechnet, so müßten doch noch unter allen Umständen Summen vorhanden sein, die das Dreifache der 15 Millionen Mark übersteigen. Man nimmt also an, daß die Baronin Vaughan nicht 30 Millionen, sondern mindestens 300 Millionen für sich und ihre Kinder erhalten hat. Inzwischen versuchen die Richter des verstorbenen Königs, die angebliche Erbschaft der Baronin Vaughan anzusehen. So wurde, wie bereits gemeldet, eine Beschlagnahme des der Baronin Vaughan gehörigen Schlosses Valincourt bei Pontoise durch den Brüsseler Notar Jansen auf Veranlassung der Prinzessin Stephanie ausgeführt. Der Notar kam mit einem Begleiter vor Eintritt der Dunkelheit vor dem Schlosse an. Der Pförtner erklärte, daß er nur der Gewalt weichen würde und das Tor unter keiner Bedingung öffnen wolle. Der Notar Jansen telegraphierte daher nach der nächsten Gendarmestation, die in dem 15 Kilometer entfernten Marines liegt, und hat um eine Abteilung von Leuten zur Unterstützung. Als die Gendarmen eintrafen, erklärte der Pförtner, er weiche nur der Gewalt, und öffnete die Tore. Die Soldaten, die zu ihrer Unterstützung nach den Friedensrichter hinzugezogen hatten, begaben sich dann in das Schloß und legten 70 Siegel an die Haupttüren des Schlosses an. Es war inzwischen schon 10 Uhr Abends geworden, als plötzlich ein Telegrammbote erschien, der ein Telegramm der Baronin brachte, in dem sie dem Pförtner die Anweisung erteilte, unter keiner Bedingung irgend jemand in das Schloß zu lassen. Es war jedoch schon zu spät, da die Siegel bereits alle angelegt waren. Die Beschlagnahme wurde später wieder aufgehoben. Dann erfolgte eine abermalige Verlegung der Villa, diesmal auf Betreiben der Gräfin Compaq.

Die Baronin Vaughan soll nach einer Aussage ihres Brüsseler Rechtsanwalts, des früheren sozialdemokratischen Senators Picard, erst am Sterbebette mit dem König Leopold heimlich getraut worden sein. Den Titel Baronin Vaughan hat sie, wie Picard gesagt hat, nie ganz regelrecht, sondern nur auf Wunsch des Königs geführt. Sie wird sich vom Tage der Beerdigung des Königs Leopold ab wieder Wadama de Lacroix nennen.

Zur Brandkatastrophe in London. Auch jetzt steht die Riste der Opfer, die bei der Brandkatastrophe im Konfektionshaus Gardig u. Hobbs getötet oder verletzt wurden, noch nicht fest, da die Trümmer erst noch gründlich durchsucht werden müssen. Dem Arbeitsminister Burns (John Burns ist bekanntlich auf der ersten internationalen Bewegung hervorgegangen), der vor dem Entsetzen der Feuerwehr auf dem Brandplatze erschien, ist es vor allem zu verdanken, daß das Feuer nicht weiter um sich griff. F

Wenn wir näher zusehen, so merken wir sogleich, daß auf dem Markte verschiedene Nadelbäume vertreten sind. Neben den Tannen stehen auch Fichten in Menge, und hier und dort sieht man auch einige Kiefer. Welche von ihnen eignen sich nun am besten für den Weihnachtsbaum? Für den Eigener hat diese Frage mitunter ihre besonderen Schwierigkeiten; denn er ist zunächst häufig nicht in der Lage, diese Baumarten von einander zu unterscheiden, und wird öftlig konfus, wenn man ihm von Nattannen und Weißtannen, von Silber- und Goldtannen und von Doppel- und Nattannen zu sprechen anfängt. Die Ordnung in diesem Wirrwarr ist aber leicht zu schaffen. Die Ordnung bedeutet so viel wie die Höhe, die Fichte, die Silber- und Goldtannen sind aber weiter nichts als eben Tannen. Man nennt sie so in denjenigen Gegenden, in denen das Wort Tanne so ziemlich in der Bedeutung Nadelbaum gebraucht wird. Was nun die „Doppeltannen“ anbelangt, so müssen wir zur Erklärung des Wortes etwas weiter ausholen. Die Christbäume, die auf den Weihnachtsmärkten gebracht werden, sind in der Regel junge Bäume. Man gewinnt sie im Hochstiele systematisch. Neue Waldanpflanzungen werden nicht angelegt; nach acht, zehn und mehr Jahren müssen sie geerntet werden und die herausgeschlagenen Bäumchen kommen auf den „Christmarkt“. Aber auch sonst wird beim Ausschneiden im Walde manches Weihnachtsbäumchen gewonnen. Wird eine alte Tanne oder Fichte geschlagen, und hat sie einen schön geformten Wipfel, so wird dieser, wenn Weihnachts nicht zu fern ist, abgetrennt und für den Christmarkt aufgehoben. Im Vergleich zu den jungen Bäumen besitzt dieser Wipfel viel stärkere und dichter mit Nadeln besetzte Äste, auch trägt er häufig Zapfen in größerer Zahl. Unter den schlanken jungen Bäumchen fällt der Wipfel durch seine kräftigere Gestalt auf und wird darum Doppel- oder Doppeltanne genannt.

Welchen von diesen Baumarten ist nun der Vorzug zu geben? Für die meisten Gebiete Deutschlands würde die Fichte in dieser Hinsicht aus. Sie wird nur im Norden und bei uns im Osten seltener als Christbaum benutzt. Es bleiben also die Fichte und die Tanne übrig. Welche von ihnen schöner ist, darüber wird gestritten. Die einen rühmen an der Fichte den ebenmäßigen pyramidenförmigen Wuchs, die hogenförmig emporgerichteten Äste, die schön sein sollen, als die wogereder abhebenden Zweige der Tanne. Infolgedessen entziehen die Tanne Wägen in der Belaubung, man kann in die Tiefe bis an den Stamm hineinschauen. Beim Anputzen des Christbaumes haben diese Bäume gemäß diesem und jenem kleinen Verrger Vorteile, da sie schwer mit dem bunten Laub auszufüllen sind. Aber in einer sehr wichtigen Hinsicht ist die Tanne der Fichte bedeutend überlegen. Bei der Tanne sitzen die Nadeln fest an den Zweigen, selbst im warmen Zimmer halten sie sich längere Zeit, im kühlen aber bleiben sie wochenlang am Baum; die Fichte verliert dagegen in der trockenen warmen Zimmerluft ihre Nadeln schon in wenigen Tagen. Dieser Nadelverlust ist unangenehm, und schon nach kurzer Zeit sieht der Baum so kahl aus, daß man ihn lieber beiseite schafft. Aus diesem Grunde wird der Tanne dort der Vorzug zu geben sein, wo man den Weihnachtsbaum längere Zeit im Zimmer erhalten will.

Die Bäumchen, die auf dem Markte stehen, sind nicht alle gleich gewachsen, namentlich diejenigen, die am Stange eines Gehäuses wuchsen, sind auf der einen Seite kräftig ausgebildet, mit weit ausladenden Ästen versehen, auf der anderen dagegen mehr oder weniger verkümmert. Sie werden den gleichmäßig ausgebildeten nachgeholt, und das mit Recht, aber diese „einseitigen“ sind überall dort mit Vorteil zu verwenden, wo man wegen der Raumfrage den Christbaum in die Zimmer stellen will.

Viele glauben, daß sie den Christbaum länger grün erhalten, wenn sie keinen „Fuch“ in ein Gefäß mit Wasser stellen. Das ist aber nur bedingt der Fall. Es ist oft schon eine lange Spanne Zeit verfloßen, seitdem der Christbaum geschlagen wurde; und da sind die Säftekanäle des Bäumchens derart ausgetrocknet und verhärtet, daß sie eine nennenswerte Wasserzufuhr nicht mehr aufrecht zu erhalten vermögen. Das beste Mittel, den Christbaum lange grün zu erhalten, besteht darin, daß man ihn in einem kühlen Raume aufbewahrt. Bäumchen, die man schon einige Tage vor Weihnachten gekauft hat, belüftet man bis zum Feste am besten im Freien, also auf dem Balkon oder im Hofe. In Breslau sieht man sie seit einigen Tagen zu Hunderten an den Fenstern der Arbeiterhäuser.

Hier und dort beginnt man, kleine Tannen und Fichten mit Wurzelballen auszuheben und in Töpfe zu pflanzen, um sie als Weihnachtsbäume zu verwenden. Sie halten sich alsdann zwar viel länger grün als gefällte, aber selbst sie vertragen die trockene Zimmerluft auf die Dauer nicht. Solche kleine Tannen verwendet man bloss als Balkon- oder Zimmerbäume. Die Verleibungen, einen Nadelbaum zugleich als Garten- oder Balkonbäume zu verwenden, können aber keinen Erfolg haben. Durch das Aufstellen im geheiztem Raume, durch das Anputzen und Schleifen und schließlich durch die Hitze der brennenden Lichter wird das Bäumchen derart mitgenommen, daß es eingeht. Hat nun der Weihnachtsbaum seine Pflicht erfüllt, dann will man ihn nicht immer sofort verbrennen, sondern pflanzt ihn in einen Garten oder auf dem Balkon auf und benutzt ihn als Futter- und Schutz für die im Winter darobenden Vögel. Andere verbrennen die Christbäume nach dem Feste. Viele sind aber dabei höchst unvorsichtig, sie stecken den Ofen mit dem Restig voll und freuten sich, wie das polternd brennt; leider bekommt aber mitunter der Ofen das Gute zu viel; das Terpentin, das in den Zweigen

und Nadeln enthalten ist, verflüchtigt sich und diese Dämpfe explodieren manchmal mit solcher Gewalt, daß sie den Ofen beschlagen. Jedes Jahr erstatten sich einige derartige Unfälle. Es ist also wohl gut, daran zu erinnern, daß man auch bei der letzten Behandlung, die man auf diese Art dem Christbaum angedeihen läßt, mit Maß und Vorsicht vorgehen soll.

Kleinfischen und andere moderne Festerstätten.

Die Laifische ist nicht aus der Welt zu schaffen, daß aus den Strafanstalten mehr Verbrecher herauskommen, als hinein gehen. Aber die Justitia steht das nicht. Sie trägt ja die Hände um die Augen und diese Hände hindert sie, die Verbrechen zu sehen. Als vor ungefähr hundert Jahren die Zellengefängnisse „erfunden“ wurden, da wollte man spter vor Jubel und Begeisterung aus dem Häuschen fahren. Der gorbische Anstalt des Verbrechertums schien gelöst: in tiefer Einsamkeit sollte der „Abgänger der Mensch“ über den Unterschied zwischen Mehl und Wein nachdenken. So wollte man sie von ihrem Seelenausfluß reinigen. Die „Seelenanatorien“ wuchsen wie die Pilze aus der Erde. Die Baummeister suchten sich gegenseitig zu übertrumpfen, durch raffinierte Ausnutzung des Raumes möglichst viele Zellen zu schaffen, damit auch ja allen Bedürfnissen die feinsten Einrichtung zuteil werde. Besonders heilschende Weisheit sagten sogar voraus, daß um die Wende des Jahrhunderts wohl keine Verbrecher mehr existieren würden.

Nur zu bald jedoch sah aber, daß man auf dem Holzwege war. Wenn je Menschengeist etwas Erbärmliches erlitten hat, so sind es die Zellengefängnisse. So ein „mit allem Komfort der Neuzeit“ eingerichteter Staatsbau mag ja von außen einen ganz „guten“ Eindruck machen. Und wenn hohe Herren einmal zu Besuch kommen, dann finden sie in jeder Zelle einen Wasserkrug und ein Nachtlager, einen Tisch und einen Schmel, und da in Mensch der Anstalt sein dürfte, daß in eine Gefängniszelle keine Wäsche und kein Himmelbett hineingehören, nimmt sich so eine Zelle ja ganz nett aus. Von dem Druck aber, den die Methode auf Körper und Gemüt ausübt, haben die hohen Herren kaum eine blasse Ahnung. Ein Gefängnisinspektor sagte einmal die denkwürdigen Worte: „Jeder wird hier auf die humane Weise behandelt.“ Wenn die „humane Weise“ darin besteht, daß es in den Gefängnissen keine Weib gibt — dafür in anderen Anstalten desto mehr — aber weil es jeden Sonntag in die Straße geht und die Herren Pastoren dort zu den Gefangenen sagen: „Liebe Brüder“ oder „Meine Freunde“, oder weil Tüchtigen zarte Hände macht, dann mag jener Beamte im Recht sein. Ob aber den hierher Verflohenen mit Liebe Brüder und zarten Händen gehalten ist, ob sie dadurch in den Stand gesetzt werden, sich vor weiteren Zusammenstößen mit dem Strafgefängnis zu behaupten, bleibt mehr als zweifelhaft. Und das zu erreichen, liegt viel mehr im Interesse der menschlichen Gesellschaft, des Staates, als die bloße Vergeltung einer Tat.

Es ist ja bekannt, daß die Gefängnisse nur niederdrücken, ohne aufzurichten, daß sie nichts weniger als den Charakter stärken und den Willen kräftigen. Ja, ein bißchen weniger Trud und ein bißchen mehr Liebe! Die werden z. B. den Gefangenen die seltenen, kurzen Sprachzeiten mit ihren Angehörigen vergrößert? Vor lauter Mitleid können sich der Besuche mit den Besuchern gar nicht sehen. Die Hauptstrafe im Zoo sind nicht so eng vergittert wie die Zellen in den Gefängnissen. Dazu dürfen die Sprechenden nur in Gegenwart eines Gefängnisbeamten abgeholt werden, damit er auch ja jedes Wort zählen kann. Man gebe den Sträflingen lieber des öfteren Gelegenheit, mit ihren Angehörigen unter vier Augen sprechen zu können. Ein gutes Mutterwort oder ein freundliches Vaterwort zeltigen eher gute Früchte als die schönsten Predigten in den abschaulichen Kassen.

Und das Resultat all des Gefängnisbureaokratisms? Unter „Vichenberg“ kommen die „Pöbe“ und „Tege“ und hinter diesen beiden die Zuchthäuser „Zehlerstraße“ oder „Brandenburg“.

Soffen wir, daß der kommende Reichstag mit Männern besetzt ist, die jenen unglücklichen Menschenkindern mehr Interesse und Verständnis entgegenbringen, als das bisher der Fall war.

Rudolf Jant in der „W. a. M.“

* Das Kennen gegen den zukünftigen Stadtschulrat Dr. Gads wird von liberaler Seite unter Auferschließung aller persönlichen Rücksichten forgesetzt. Heute enthält die „Schlesische Volkszeitung“ eine volle Spalte von Hezereien und Unwahrheiten, verächtlichen Gehässigkeiten und Invektiven gegen den Mann, der den Verfall nicht in den Raum paßt. Dennoch hat es also auch seinen Zweck mehr, daß wir auf der anderen Seite Rücksicht nehmen und wenn unsere Frommen im laiblichen Lager das „Fest der Feste“ mit einem pfiffigen Schlagensbisse gegen ihre Mitmenschen in begehren gedern, dann werden wir auch nicht mehr lange zurückhalten, um den Mäde z und Frommern, die sich bei diesem Nennen beispiellos blamieren, eins ans Haupt zu geben, daß sie das Wiederkommen vergessen.

Für heute sei nur die schädliche Denunziation zurückzuweisen, die in den Worten liegt: „Am eifrigsten treten für seine Wahl die Sozialdemokraten ein.“ Die sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion

Ein festes Urteil. Aus Düsseldorf wird geschrieben: Der Laibner Gerhard Konrad hatte auf dem Rerber Güterbahnhofe einen Sad Kartoffeln im Werte von drei Mark entwendet. Er hatte in großer Not erkrankt, besand sich aber wegen Eigentumsvergehens in strafschärfendem Rückfall. Die Strafkammer sprach ihn frei mit der Begründung, daß bei der großen Kinderzahl des Beschuldigten die Kartoffeln bei einer Mahlzeit verzehrt werden konnten. Es liegt deshalb nicht Verstoß, sondern nur Mangel vor, für dessen strafrechtliche Verfolgung es an dem erforderlichen Strafantrage fehle.

Ein neues Opfer des Hamburger Brandunglücks. In Hamburg starb der bei dem Explosionsunfall auf dem Grabstee schwer verletzte Zementierer Peter. Die Zahl der Opfer beträgt jetzt 21.

Ein eigenartiges Jagdabenteuer hatten, wie aus Remond eingetroffen wird, die in Dambury anwesenden Jäger des hiesigen Henry C. Hillers zu bestehen. Auf einem Wege, der durch einen Wald führte, wurden sie von einem Hirschkopf überfallen. Sie schickten auf einen Baum, und wurden dort längere Zeit festgehalten, da der Hirschkopf nicht von der Stelle weichen wollte. Schließlich ließ das eine Mädchen ihren Kopf über das Gewehr des Jägers stecken und der Hirsch sich betreten konnte, hatten die Mädchen ihren unwilligen Sitz verlassen, und waren in die nahegelegene Baum ihres Lebens entkommen.

Ein neues Opfer des Hamburger Brandunglücks. In Hamburg starb der bei dem Explosionsunfall auf dem Grabstee schwer verletzte Zementierer Peter. Die Zahl der Opfer beträgt jetzt 21.

Auf der See verschollen. Die Fischereiflotte in Hamburg gibt, wie ein Telegramm meldet, jetzt bekannt, daß seit dem 3. und 4. Dezember in der Nordsee bestanden Ökone acht Fischer mit einer Gesamtbesatzung von 27 Mann vermisst werden. Die Boote dürften jetzt, also 16 Tage nach der Sturmatmosphäre, als verschollen zu betragen sein. Es besteht die größte Wahrscheinlichkeit der Fischerboote der Opfer in Dambury ein

hätte bereits künig beschlossen, sich der Stimmen zu enthalten, als die liberalen Angriffe auf Herrn Dr. Gads erfolgten. Wenn sich ihre Haltung in der weiteren Folge änderte, so nicht zum wenigsten durch die liberale Dege, die wir allerdings mit jener Entschiedenheit abführen werden, die jene Herren ja von uns gewohnt sind. Darüber sprechen wir uns also noch.

Eine interessante Statistik für Kartenspieler. Die Herstellung von Spielkarten, die früher in zahlreichen kleineren Fabriken erfolgte, liegt jetzt in den Händen von wenigen Fabriken. Einen förmlichen Spielkartenkonzern bilden die vereinigten Straßburger Spielkarten-Fabriken, die im Jahre 1873 als Allien-Gesellschaft gegründet wurden und im Laufe der Jahre immer weitere Spielkartenfabriken aufnahmen. Bisher erfolgte die Vereinigung der Fabriken v. von der Ofen, Ludwig Heilborn, und L. Wegener in Straßburg; 1898 wurde die Fusion mit der Firma Falkenberg u. Co. in derselben Stadt vollzogen. Im Jahre 1895 konnte die Gesellschaft die holländische Spielkartenfabrik von Lubusja u. Schmidt in Halle a. S., 1897 erwarb die Gesellschaft die Altenburger Spielkartenfabrik von Schneider u. Cie. in Altenburg, im Jahre 1901 O. Schmidt; sie zur Fusion mit der Sutorischen Spielkartenfabrik in Naumburg, 1904 wurde die Werdauer Spielkartenfabrik übernommen und liegt erwarb sie Anfang des Jahres 1908 die Berliner Spielkartenfabrik von Eduard Altner. Nach der Reichsstatistik wurden im Jahre 1907 in Deutschland 28 Kartensfabriken gezählt, während im Jahre 1888 die Zahl der Kartensfabriken noch 60 betrug.

Jahresdurchschnitt	Zahl der Fabriken	Abfah
1888/89	60	4,800,000 Spiel
1897/91	52	5,245,000
1892	48	6,075,000
1893	39	6,084,000
1894	36	5,407,000
1895	36	5,49,000
1896	34	6,063,000
1897	33	6,014,000
1898	34	6,259,000
1899	32	6,142,000
1900	30	6,390,000
1901	29	6,884,000
1902	29	6,519,000
1903	30	6,928,000
1904	31	7,166,000
1905	31	7,615,000
1906	28	7,490,000
1907	26	7,514,000

Die Zahl der selbständigen Fabriken ist geringer als nach der Statistik ersicht, sie berücksichtigt nur Betriebe, aber nicht deren wirtschaftliche Zusammengehörigkeit unter einander. Den weitesten anbieter Teil der Gesamtproduktion liefern die vereinigten Straßburger Fabriken, andere Kartensfabriken bestehen sonst noch in Frankfurt a. M. und Darmstadt.

Seit 1878 besteht in deutschen Reich eine Spielkartensteuer, die als Steuerleistung mit 30 Pf. für jedes Spiel bis zu 36 Blättern und 50 Pf. für jedes andere Spiel erhoben wird. Der „Spielartenkempel“ betrug im Durchschnitt der Jahre 1882/86 jährlich 1,097,000 Mark, im Durchschnitt 1887/91 jähr lich 1,269,100, im Durchschnitt 1892/99 1,467,375 und im Durchschnitt 1900/08 1,751,000 Mark. Im Etat für 1910 ist die Einnahme mit 1,819,000 Mark veranschlagt. Bei den innerhalb des Reichsgebietes hergestellten Karten wird die Steuer innerhalb der Fabrik erhoben, die aus dem Ausland eingeführt haben neben dem Stempel einen Einuhrzoll zu zahlen. Die Einfuhr bedauert sich durchschnittlich auf 42 bis 5,000 Spiele im Jahr. Der Umfang der Einfuhr hat seit längerer Zeit nur geringe Schwankungen erfahren. Zur Ausfuhr bestimmte Spielkarten bleiben, wenn die Einfuhr unter amtlicher Aufsicht erfolgt, stempelfrei. Die Kartensfabriken unterliegen der Steuerbewachung, zu ihrer Anlage bedarf es der amtlichen Genehmigung.

Einem schweren Unfall erlitt auf der Wollweilchen Schiffswerk in benachbarten Rosel am 17. d. M ein Kesselmann. In diesem Betriebe besteht die Beleuchtung in Benzolampfen. Der Verletzte, der in dem Heizraum eines Kessels beschäftigt war, mußte sich auch einer Lampe bedienen. Ein anderer Arbeiter sollte ihm die Lampe von oben herabreichen. Als der unten stehende Kesselmann die Lampe an dem nach dem Brenner führenden Rohr ergriff, brach dieses ab und das in der Lampe enthaltene Benzol ergoß sich über ihn. Im Nu glied der Unglückliche einer Feuerkugel. Mit schweren Brandwunden bedeckt mußte er per Droschke nach dem Spital gebracht werden. Charakteristisch bei diesem Unfall ist, so wird uns aus der Werk mitgeteilt, das Verhalten des Werkmeisters Skowronski. Als diesem der Unfall gemeldet wurde, äußerte er: „Das kommt nur von der Faulheit, Dummheit und Schlächtigkeit der Arbeiter. Der Verunglückte mag sehen, wie er weglommt!“ Tatsächlich hat er sich auch um den Arbeiter nicht besonders gekümmert. Hätten ihm nicht seine Mitarbeiter zur Seite gestanden, dann hätte er wohl noch lange auf Hilfe warten können, denn lange genug hat es sowieso gedauert, ehe er aus dem Vertriebe entfernt werden konnte. Was sagt die Werkleitung zu dieser Art Rücksicht?

Der Breslauer Hauptmann von Köpenick. Vor einigen Tagen berichteten wir, daß der Wirtschaftsvolonitär Paul Nowack, aus Kattowitz stammend, in Breslau in der Piano-fortehandlung von Seliger etwa 1100 Mark bares Geld zu entwenden wußte, darauf sofort mit einem Automobil nach Trebnitz fuhr, dort das Kloster revidierte und, weil er sich durch große Gelbhausgaben verdächtig machte, nach Erkundigung bei dem Breslauer Polizei-Präsidenten verhaftet worden war. Werkwürdigerweise hatte ihn das Trebnitzer Gericht aber aus der Haft wieder sofort entlassen. Die Breslauer Kriminalpolizei vermochte indes inzwischen festzustellen, daß Nowack nicht nur in Breslau, sondern auch in verschiedenen anderen Orten der Provinz Diebstähle und andere Straftaten begangen hat. Ihre Vermutung, daß Nowack nach seiner Freilassung in Trebnitz wieder in Breslau auftauchen würde, bestätigte sich, und da sie inzwischen in den Besitz einer Photographie des Schwindlers gelangt war, glückte es Kriminalbeamten, den Nowack am Montag auf der Gartenstraße in der Nähe des Bahnhofes zu fassen und zu verhaften. Dreißt betraf sich der Gauner auf den gerichtlichen Freilassungsgeld, denn er ahnte nicht, daß inzwischen die hiesige Polizei von seinem ganzen früheren Sündenregister Kenntnis erlangt hatte. So hat Nowack am 27. November einem Bauergutsbesitzer aus Jallerau in einem Badezimmer in Reife 2013 Mark aus der Koffertasche entwendet; ferner hat er in Reußen einen Försterzang zu erschwindeln gewußt, mit dem er dann in Oppeln ergriffen, um sich dort bei einer Zimmervermieterin einzuquartieren und dieser nach Umtausch des Försterzanges mit einem Stollanzug die Kassetten mit 290 Mark zu entführen.

Im Sommer schon hätte er in Rochus Diebstahl mit der Schwelger eines Rentienempfinders anzuknüpfen und diese zu beschwindeln gewußt, daß sie ihm einen Brief, der die Gehaltsquittung des Rentienempfinders enthielt, anvertraute. Daraufhin beschuldigte Nowack an die Zahlstelle im Namen des Rentienempfinders, daß Zahlung gegen Vorlegung der Quittung an Nowack geleistet werden solle, und er erhielt auch tatsächlich bei Vorlegung der Quittung die Rente von 472 Mark ausgezahlt. Sodann hat Nowack in einem Bade in Gleiwitz ein Portemonnaie mit 80 Mark gestohlen. Seit etwa einem halben Jahre ist er außer Stellung und hat seitdem nur von Betrügeren und Diebstählen gelebt. Es ist zu vermuten, daß er auch noch manche andere Fälle geleistet hat. Es wurde bei ihm eine auf den Namen Grodski, Breslau, lautende Mitgliedskarte vorgefunden, die er verunflicht auch zu Schwindeltaten verwendet hat. Mitteilungen über weitere Schwindeltaten des Nowack werden nach Nummer 56 des Polizeipräsidiums erbeten.

erschossene in der aus willkür anwesenden Soldaten und Matrosen Retentionsanstalten und ließ die Schandenformationen und Respektvolle, die die Feuer weiter zu verbreiten drohten, niederlegen, wobei er selbst kräftig Hand anlegte. Er wachte sich auch mit einem Posten über dem Kopf an weichen gegen die Klammern vor und wußte die Angreifer, die sich aus den Aufhängen retten konnten. Durch das durch was, das Gesicht geschwärzt, die Kleidung mit Jemenstaub bedeckt, die bei dem Retentionsvertraute Hand in der Hand, verließ Burns unter den Beifall der Menge den Brandplatz, um sich sofort zu einem angelegten Wabimierung zu begeben. Dort erklärte er, angeblich dieser Katastrophe solle man das Meiste anstellen lassen. Bis jetzt sind 7 Tote und 27 Verwundete geboren.

Gelehrte Sandur des Ballons „Schub“. Der Ballon „Schub“ vom Berliner Verein für Luftschiffahrt, der mit 1 Professor, 3 Herren und 1 Dame, am Vormittag in Berlin aufgestiegen war, ist gegen Mittag am Westende des Teufels Berges bei Steinsteden in West-Preußen niedergegangen. Die Landung wurde sehr schnell vorgenommen, da der Ballon sonst in den Tälern des Gebietes wäre. Das Luftschiff letzte infolge des heftigen Sturmes die etwa 130 Kilometer lange Strecke in zwei Stunden 40 Minuten zurück, das ist eine Geschwindigkeit von sechs Kilometern in der Stunde. Die Schiffschiffahrt war aber auch anstrengend die Ursache, daß der Nach des Ballons wegen Gesundheitszustand nur in geringer Höhe etwa einen Kilometer vor dem Landungsplatze mit solcher Gewalt gegen ein angedeutet liegendes Gebüsch geschleudert wurde, daß der Sichel einbüßte und in Teil des Daches abgerissen wurde. Durch den Apparat und durch das spätere Schließen des Herdes erlitten die beiden männlichen Insassen Knochenbrüche, während die Dame mit nur geringen Verletzungen davonkam.

Einige Nachrichten. Das preussische Kriegsmuseum gibt in der letzten Ausgabe des „Kriegsberichts“ folgende Notizen: Der Oberst eines Feldregiments bei dem Regimentskommando in Wiesbaden ist in einem unglücklichen Verstoß ohne Ursache des Abtrübsel bei einem Schießversuch verunglückt. Der Verstoß wurde bei dem Schießen, über dem Schießstand, Veranlassung und Recht ihm nicht bekannt ist zur Vergebung der Verstoßmeldung gestellt. Der Verstoß ist dem Kommando des Regiments zur Kenntnis gekommen. Die Nachrichten sind mit den „blauen Papieren“ gut getrieben.

Am 20. d. Mts. abends verschied nach langem Leiden unser Mitglied, der Schuhmachermelster
Karl Jersohke
 im Alter von 58 1/2 Jahren. 6128
 Ehre seinem Andenken!
Der Sozialdemokratische Verein Breslau.
 Beerdigung: Donnerstag, den 23. Dezember, nachm. 3 Uhr, nach Gräbschen.
 Trauerhaus: Lohstrasse Nr. 77.

Am 20. Dezember, abends 5 1/4 Uhr, verstarb nach langem Leiden unser braves Mitglied, der Schuhmachermelster
Karl Jerschke
 im Alter von 58 1/2 Jahren. 6128
 Ein ehrendes Andenken werden ihm bewahren
 Die Genossen u. Genossinnen d. Distrikts 17 (Schweidnitz. Ter).
 Beerdigung: Donnerstag, nachm. 3 Uhr, vom Trauerhaus Lohstrasse 77 aus, nach Gräbschen.

Stadt-Theater.
 Mittwoch, nachmittags 3 1/2 Uhr:
 „Der kleine Däumling“.
 Abends 7 1/2 Uhr:
 „Orpheus in der Unterwelt“.
 Donnerstag, 7 Uhr:
 „Lohengrin“.
 Freitag: Geschlossen.
 Sonnabend, nachmittags 3 Uhr:
 „Der kleine Däumling“.
 Abends 7 1/2 Uhr:
 „Die Weiberhändler von Nürnberg“.
 Sonntag, nachmittags 3 Uhr:
 „Der kleine Däumling“.
 Abends 7 1/2 Uhr:
 „Orpheus in der Unterwelt“.
 Montag, nachmittags 3 Uhr:
 „Der kleine Däumling“.
 Abends 7 1/2 Uhr:
 „Lohengrin“.

Lobe-Theater.
 Mittwoch, 7 1/2 Uhr:
 „Ein Herbstmondbesuch“.
 Donnerstag, 7 1/2 Uhr:
 „Ein Herbstmondbesuch“.
 Freitag: Geschlossen.
 Sonnabend, nachmittags 3 1/2 Uhr:
 „Ein Walzertraum“.
 Abends 7 1/2 Uhr:
 „Der dunkle Punkt“.
 Sonntag, nachmittags 3 1/2 Uhr:
 „Die Fledermaus“.
 Abends 7 1/2 Uhr:
 „Der dunkle Punkt“.
 Montag, nachmittags 3 1/2 Uhr:
 „Die lustige Witwe“.
 Abends 7 1/2 Uhr:
 „Ein Herbstmondbesuch“.

Thalia-Theater.
 Mittwoch:
 Gruppe L. 3. Vorstellung:
 „Mein Leopold“.
 Donnerstag:
 Gruppe L. 3. Vorstellung:
 „Mein Leopold“.
 Sonnabend, nachmittags 3 1/2 Uhr:
 „Die Schmetterlingschlacht“.
 Abends 7 1/2 Uhr:
 „Der fidele Bauer“.
 Sonntag, nachm. 3 1/2 Uhr:
 „Martha“.
 Montag, 7 1/2 Uhr:
 „Die Dollbringe“.
 Dienstag, 7 1/2 Uhr:
 „Die fremde Frau“.

Schauspielhaus
 Mittwoch, nachmittags 3 1/2 Uhr:
 Premiere:
 „Peters Silberbuch“.
 Schauspiel von Hermann Sander und
 A. Rosenfeld.
 Abends 8 1/2 Uhr:
 „Johann Strauß, der
 Walzerkönig“.
 Donnerstag, nachmittags 3 1/2 Uhr:
 „Peters Silberbuch“.
 Abends 8 1/2 Uhr:
 „Ranon“.
 Freitag: Geschlossen.
 Sonnabend, nachmittags 3 1/2 Uhr:
 „Die Förster-Christel“.
 Abends 8 1/2 Uhr:
 Premiere:
 „Der arme Jonathan“.
 Operette von Wehner.
 Sonntag, nachmittags 3 1/2 Uhr:
 „Robert und Bertram“.
 Abends 8 1/2 Uhr:
 „Johann Strauß, der
 Walzerkönig“.
 Montag, nachmittags 3 1/2 Uhr:
 „Peters Silberbuch“.
 Abends 8 1/2 Uhr:
 „Der arme Jonathan“.

Lieblichs Etablissement
Morace Goldin
 Lucie Käzig Paul Jilich
 etc. etc. etc.
 Anfang 7 1/2 Uhr.

Viktoria-Theater
 Monat Dezember:
Ringkampf
 um die Ehrenkrone
 mit 5000 Mark in Bet.
 8 Kämpfe von heute ab
 8 beginnend.
 Anfang 7 1/2 Uhr.

Deutscher Sozialarbeiter-Verband
 Sabine Dredian.
Bekanntmachung.
 Die von der Vertrauensmänner-Verammlung am 8. Dezember beschlossene
 Weihnachtsfeier ist für den
 Freitag, den 24. Dezember, von vorm. 8 Uhr bis mittags 1 Uhr
 zur Ausübung. — Das Büro wird nachmittags 3 Uhr geschlossen und Montag,
 den 27. Dezember, vorm. 9 Uhr, wieder geöffnet.
 Die Ortsverwaltung.

Volksvorstellung 1909/10.
 für die Mitglieder des Sozialdemokratischen Vereins.
Thalia-Theater.
 VI. Vorstellung
 Sonnabend, den 25. Dezember (1. Feiertag)
 nachmittags 3 1/2 Uhr:
„Schmetterlingschlacht“
 Schauspiel von Hermann Sudermann.
 Noch zu haben:
 1. Rang 0.70, Parkett und Orchester 0.60,
 Sperrsitze 0.50, 3. Rang 0.20, Galerie 0.10 Mk.

Thalia-Theater.
 VII. Vorstellung
 Sonntag, den 26. Dezember (2. Feiertag)
 nachmittags 3 1/2 Uhr:
„Martha“
 Komische Oper von Flotow.
 Noch zu haben:
 Galerie 0.15 Mk.
 Expedition der „Volkswacht“.

Zum bevorstehenden Weihnachtsfeste empfehlen wir
Ruchen und Stollen
 sowie alle Backwaren in bester Qualität. 6124
 Bestellungen werden prompt erledigt.
Bäckerei Ziegen & Schäfer
 Tschepinerstraße 8. Telefon 9561.

Ich schenke
 zwar nichts weg, verkaufe aber trotz der kolossalen Preissteigerung
 in Baumwollwaren zu alten Preisen.
 Durch eigene Infertigung der zum Verkauf gestellten
 Sachen und meine geringen Kosten bin ich im Stande,
 konkurrenzlos billig zu verkaufen.
 Ausstattungen werden auf Wunsch schnellstens
 und sauber angefertigt.
Eugen Glaser, Friedrich-Wilhelmstr. 34
 ein gros Wälder-, Schürzen- und Arbeiterkonfektionsfabrik in detail
 Streng reell! Wollewaren und Trikotagen. Feste Preise!
 Bitte besichtigen Sie meine Fensterauslagen. 5501

Handschuhe
Strümpfe
Wollwäsche
Unterröcke
Schürzen
Korsetts
Reformhosen
Gürtel
 spottbillig.
Albert Fuchs,
 49, Schweidnitzerstr. 49.

Zum Weihnachtsfeste
 empfiehlt:
Weihnachtsstriezel,
Pfefferkuchen,
Mehl
 Carl Gellke, Promnitzstr. 49.

Kaufe alte Fähranker!
 Besitzt, Gefüllten, Gold, Rom-
 moben, Waffelsteine, ganze Stuben-
 Einrichtungen etc. etc. Rabung 8127
 Wähler, Gartenstr. 26.

Stets Neuheiten in
 Tabakpfeifen und Einzel-
 teilen, Imhoff's Patent-
 Pfeifen und Patronen-
 Zigarrenspitzen, Spatier-
 atischen, Dosen, Feuer-
 zungen etc. Zigaretten-
 Hülsen u. -Stopfer, Shag-
 u. Zigarettenabak, Vor-
 zügliche, billige Rauch-
 tabake, 1/2 Pfd.-Bouteil 15,
 25, 50—80 Pfg. Hervor-
 ragende Spezialitäten in Zigarren
 und Zigaretten. 4780
R. Migula, Friedrich-Wilhelm-
 strasse Nr. 3,
 Neue Taschenstr. 13, Ohtauerstr. 29.

Fugenlose goldene Trauringe
 ohne Lötstelle aus einem
 Stück gestanzte,
 Platten dieser Ringe aus-
 geschlossen.
 Patent-Vorfahren.
 333 gesetzl. gestemp.
 Paar 0. 8, 10, 12, 14, 16 M.
 585 gesetzl. gestemp.
 Paar 20, 22, 25, 28, 30 M.
 Feingold
 830 gesetzl. gestemp.
 Paar 38, 42, 48, 54, 60 M.
 Durch Massenbezug u.
 grossen Umsatz bin ich in
 der Lage, äusserst billig
 liefern zu können. 4587
 Schriftliche Garantie.
 Gravieren gratis.
Paul Alter
 Uhren- u. Goldwarenhaus
 Kupferschmiedestr. 10.
 Dankschreiben.
 ... mit den gesandten
 Trauringen bin ich sehr
 zufrieden, dieselben sind
 10 Mark billiger als hier
 am Platze.
 Reinhold Ristow i. K.

Allen Lesern
 der „Volkswacht“

**Markthallen-
 Bazar**
 Gartenstrasse 27/29.
**Spielwaren-
 Ausstellung**
 5836 Geschenk-Artikel.
 Haus- und
 Küchen-Geräte.
 Glas, Porzellan.
 Emaille.
 Billigste Preise.
Markthallen-Bazar.

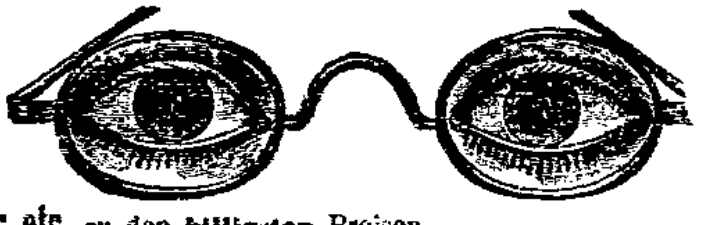
5% Rabatt
 bis Weihnachten.

Herm. Barth
 Gräbschenerstr. 12,
 Adalbertstr. 2.
 Billigste Bezugsquelle für
Filzschuhe, 5888
 Strenge reell.

Zu Weihnachten!
 :: Bilderbücher ::
 :: Jugendschriften und
 Geschenklitteratur
 in jeder Preislage und für jedes Alter
 passend
 empfiehlt
 :: Buchhandlung Volkswacht ::

Praktische Weihnachtsgeschenke
 in reicher Auswahl!!
 findet man in meinem gut sortierten Lager.
Schirme!! für Herren, Damen u. Kinder, **Krawatten, Handschuhe,**
 sowie **sämtl. Herrenartikel.** — Nur gutes Fabrikat. — Stets Neuheiten!
 Bekannt reelle Bedienung.
Paul Pluntke, 38, Friedr.-Wilhelmstr. 38, vis-à-vis dem Deutschen
 Kaiser. — Schirmfabrik u. Herrenartikel-Geschäft. 5885

Als passende Weihnachts-Geschenke
 empfehle:
Laterna magica, Dampfmaschinen-Modelle,
Eisenbahnen mit Uhrwerk.
 Ferner:
Brillen und Klemmer
 mit guten
Rathenower Kristall-Gläsern,
 Speerghäuser, Barometer, Thermometer etc. zu den billigsten Preisen.
Paul Haussner Nachf., Emil Buchholz,
 BRESLAU, Taschenstrasse 2. 5849
 Optiker aus Rathenow.



Anträge zum Preussischen Parteitag.

Zur Festsetzung der Tagesordnung.

1. Antrag **Parteien a. Ruhr** (Kreis Pochum-Gellenschen). Auf die Tagesordnung zu setzen: „Der Zentralarbeits-Nachweis des Reichsverbandes im Westpreußen.“
2. Wahlverein des **4. Berliner Kreises**: Auf die Tagesordnung des Preussischen Parteitages zu setzen: „Die politische Parteiorganisation und die Sozialdemokratie“, und soll dazu ein politischer Genosse als Referent bestimmt werden.

Zu Punkt 1 der Tagesordnung.

(Bericht des geschäftsführenden Ausschusses.)

3. Wahlverein **Frankfurt a. Main und Magdeburg**: Die Berichte zum Parteitag sollen möglichst früher wie möglich erscheinen, damit bei Stellungnahme zum Parteitag diese Berichte als Grundlage dienen können.

Zu Punkt 3 der Tagesordnung.

(Die Wahlrechtsfrage in Preußen.)

4. Wahlverein **Breslau**: Die Verlesung erwartet vom Parteitag, daß er die Fortführung des Kampfes um ein freies Wahlrecht in Preußen mit veränderten Mitteln beschließt. Insbesondere soll das Volk anrufen werden, sich für die Erringung des Wahlrechts durch einmütige Ablehnung des Wahlrechts zu erklären.

5. Wahlverein des **6. Berliner Kreises**: Die Verlesung erwarten vom preussischen Parteitag, daß er mit aller Entschiedenheit für eine intensiver Agitation zur Erringung des freien Wahlrechts eintritt und als letztes Mittel hierzu auch den politischen Massenstreik in Aussicht stellt.

6. Wahlverein **Spandau-Ordnungsland**: In Erwägung, daß die preussische Reaktion die Klassenbewegung Arbeiter und ihre Bewegung immer rücksichtsloser und immer brutaler und der unheilvolle Einfluß der preussischen Reaktion auf die Bewegung des Reichs immer mehr zunimmt, in Erwägung, daß das einheitliche Wahlrecht eine wichtige Stütze der Bewegung der preussischen Reaktion bildet, fordert die Kreisversammlung der preussischen Partei, daß der Parteitag die Erringung des freien Wahlrechts in Preußen zur Erwerbung der politischen Macht durch das Proletariat und zur Vernichtung der politischen und wirtschaftlichen Macht der preussischen Reaktion ist mit verstärkter Energie und mit den schärfsten Mitteln anzukämpfen.

7. Wahlverein **Frankfurt a. M.**: Der Parteitag wolle beschließen, daß der Wahlrechtskampf durch zentrale Demonstrationen, die bei gegebenen Momenten durch den Parteivorstand zu organisieren sind, energischer aufgenommen wird.
8. Sozialdemokratischer Verein für **Magdeburg**: Der Parteitag wolle der Wahlrechtsbewegung den größtmöglichen Nachdruck verleihen.

Zu Punkt 6 der Tagesordnung

(Zustige Anträge.)

a) Organisation:

13. Sozialdemokratischer Verein für den **Wahlkreis Düsseldorf**:

Dem § 5 des Statuts der Landesorganisation für Preußen unter a) folgende Fassung zu geben: Die Delegierten der Wahlkreisevereine mit der Einschränkung, daß kein Wahlkreis durch mehr als drei Personen vertreten sein darf. Wo mehrere Delegierte gewählt werden, soll unter den Delegierten möglichst eine Genossin sein.

Der Absatz b) ist zu streichen.

14. Sozialdemokratischer Verein für den **8. und 10. schleswig-holsteinischen Wahlkreis**.

Dem § 6 des Statuts der Landesorganisation für Preußen ist folgende Fassung zu geben:

Die oberste Vertretung der Landesorganisation ist der Preussische Parteitag. Er findet alle zwei Jahre statt und ist von der Landeskommission zu organisieren.

Zur Teilnahme an dem Parteitag sind berechtigt:

- a) Die Delegierten der Wahlkreisevereine, mit der Maßgabe, daß Wahlkreisevereine bis 1000 Mitglieder einen Delegierten, bis 3000 zwei, bis 5000 drei, bis 10000 vier, bis 15000 fünf und über 15000 Mitglieder sechs Delegierte entsenden können. Wo mehrere Delegierte zu wählen sind, soll möglichst eine Genossin berücksichtigt werden.
- b) Die sozialdemokratischen Landtags- und Reichstagsabgeordneten Preußens.
- c) Die Landeskommission und der geschäftsführende Ausschuss.
- d) Der Parteivorstand.

15. Sozialdemokratischer Wahlverein für den **8. Hannoverischen Kreis, den 1. und 6. Berliner Kreis und für Teltow-Beeskow**:

Dem § 5 folgende Fassung zu geben.

- a) Die Delegierten der Wahlkreise. Die Wahl der Delegierten erfolgt nach Maßgabe der Mitgliederzahl. Es können gewählt werden: in Wahlkreisen bis 1500 Mitglieder ein Delegierter, bis 3000 zwei, bis 6000 drei, bis 12000 vier, bis 18000 fünf und über 18000 sechs Delegierte. Die Vertretung richtet sich nach der vom Parteivorstand auf Grund der abgeführten Beiträge festgestellten Mitgliederzahl. Wo mehrere Delegierte zu wählen sind, soll unter den Delegierten möglichst eine Genossin sein.
- b) Die sozialdemokratischen Reichstags- und Landtagsabgeordneten Preußens.
- c) Die Landeskommission und der geschäftsführende Ausschuss.
- d) Der Parteivorstand.

b) Agitation:

16. Sozialdemokratischer Verein für **Magdeburg**:

a) Die Landtagsaktion und der Landesauschuss sind zu eruchten, wichtige Verhandlungen des Abgeordneten- und des Reichstages nach den stenographischen Berichten als Agitationsmaterial herauszugeben.

b) Für die Innenschrift ist ein periodisch erscheinendes Agitationsblatt zu schaffen.

c) Allgemeines:

17. Sozialdemokratischer Verein für **Magdeburg**:

Der Parteitag wolle den Leipziger Beschluß über den Schnapsboykott gerade im Hinblick auf die Volkseinstimmlichkeit der preussischen Junter in Erinnerung rufen.

18. Sozialdemokratischer Verein für den **1. Berliner Kreis**:

Der Parteitag wolle beschließen: In Berlin wird eine Zentralfstelle für die Bekämpfung rechtswidriger Maßnahmen der Verwaltungsbekörden errichtet. Sie besteht aus einem Mitgliede des geschäftsführenden Ausschusses der preussischen Landeskommission, das diese bestimmt, und aus zwei in Groß-Berlin wohnenden Parteigenossen, die der Parteitag der preussischen Sozialdemokratie wählt. Die Zentralfstelle berichtet dem Parteitag der preussischen Sozialdemokratie über ihre Tätigkeit.

19. Zentral-Wahlverein für **Teltow-Beeskow**:

Doppelmandate zu den gesetzgebenden Körperschaften sind nach Möglichkeit zu vermeiden.

20. Wahlverein des **1. Berliner Kreises**:

Der Parteitag beschließt die Errichtung einer Zentralfstelle. Diese hat folgende Aufgaben:

1. Material zu sammeln, welches geeignet erscheint, die Tätigkeit unterer in den Gemeindeverwaltungen wirkenden Genossen zu unterstützen.
2. Den sozialdemokratischen Gemeindevorsteher auf Ersuchen über spezielle praktische und prinzipielle Fragen auf dem Gebiete des kommunalen Lebens Auskunft zu erteilen.

21. Sozialdemokratischer Wahlverein für **Obernietal a. T.**: Der preussische Parteitag wolle beschließen: Die sozialdemokratischen Gemeindevertreter und Stadtratsmitglieder sind verpflichtet, in den Gemeindevorständen und in den Ausschüssen, in welchen von den gesetzgebenden Körperschaften in Preußen das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht für die Kommunalwahlen eingeführt wird.

22. Kreiswahlverein für **Teltow-Beeskow**: Der preussische Parteitag wolle beschließen, daß unsere Genossen verpflichtet sind, möglichst zu gleicher Zeit in den einzelnen Kommunen eine Agitation zugunsten der Einführung des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts für Angehörige beiderlei Geschlechts für die Kommunalwahlen zu entfalten.

(Schluß folgt.)

Partei-Angelegenheiten.

Der sozialdemokratische Vizepräsident in Meiningen, Genosse Mehdner, hat durch seine Vereinstätigkeit, in gewissen Fällen bei dem Herzog zu erscheinen, eine Auseinandersetzung über das alte Thema des „Sojganges“ von Sozialdemokraten herbeigeführt. In einer ganzen Anzahl bürgerlicher Zeitungen, die solche Zwischenfälle aufgreifen, um „die Genossen“ gegeneinander aufzubringen, beteiligte sich daran auch eine kleine Zahl Parteimitglieder, die zum Teil in kurzen, sachlichen Bemerkungen, die Sozialdemokraten sollen uns zu einem solchen Zugeständnis unter keinen Umständen bewegen lassen. Auf diesem Standpunkt steht auch der „Vorwärts“, doch war zu allgemeiner Genugtuung bemerkbar, daß man die verschiedenen Anschauungen darüber übrigens nicht zu einem scharfen Parteikonflikt aufbaute. Selbst die etwas komische Auslegung des bürgerlichen Parteiblattes konnte diesen Gesamteindruck nicht ändern. Wenn wir von diesen Auseinandersetzungen heute kurz Notiz nehmen, so hauptsächlich deshalb, weil zum ersten Male eine erschöpfende Darstellung eines der bürgerlichen Abgeordneten, des Genossen Artur v. Hoffmann, vorliegt, die uns die Beweggründe der meiningischen Genossen sichtlich schildert. Genosse Hoffmann, der früher den Kreis Schwarzburg-Rudolstadt im Reichstage vertrat, gehörte, wie er selbst bemerkt, zu der Minorität sozialdemokratischer Abgeordneten, die den Vizepräsidentenposten nicht beanspruchen wollten. Er unterlag mit dieser Haltung und schildert namentlich in loyaler Weise die Beweggründe der Mehrheit. Im „Saalfelder Volksblatt“ schreibt er:

„Daß im Saalfelder Meiningen Landtage ein Sozialdemokrat als zweiter Vizepräsident gewählt wurde, gab nicht nur verschiedenen schriftstellerschen bürgerlichen Neumalereien, sondern auch einer ganzen Reihe sozialdemokratischer „Prinzipienreiter“ hinreichend Veranlassung, um ohne Kenntnis der einschlägigen Verhältnisse und Tatsachen recht bedenkliche Ausstellungen zusammen zu schreiben. Die bürgerlichen meiningischen, dieser Sitz im Olymp sei nur zu erreichen gewesen, indem die Sozialdemokraten den Bedingungen des Sojganges sich unterworfen, und die Nebenredakteur-Genossen erwiderten nun auf Grund dieser bürgerlichen Fäsel, daß die Meiningen Sozialdemokraten im Landtage ihr Caput gefunden hätten. Und doch meine ich, liegt die Sache nicht so, daß insolge des „Falles“ die meiningischen Genossen sich ihrer Landtagsabgeordneten, noch so, daß die deutschen Genossen sich der Meiningen zu schämen hätten. Um das klar zu stellen, mögen hier einige Ausführungen folgen. Speziell ich persönlich, der ich die Verhandlungen zwischen der Landtagsmehrheit und unserer Fraktion in der Hauptsache geführt habe, weiß mich frei davon, dabei irgend welche Tadel, den gegen ein gesundes „Parteiempfinden“ verstoßen könnte, beanagen zu haben, aber ich vermahne mich auch dagegen, politische Neureisenden, die ihre einzige Aufgabe darin finden, die eigene Partei bei allen sich bietenden Gelegenheiten durch die Gasse zu ziehen, als Richter über unsere „Untaten“ anzuerkennen.“

Die Sache liegt so, daß in unserer Fraktion die Mehrheit — zu der ich nicht zählte! — einen Vizepräsidentenposten für die Fraktion reklamierte. Die Minorität (4 von 9) unterwarf sich naturgemäß dem Mehrheitsbeschlusse. Da die bürgerliche Landtagsmehrheit aber bereits die Präsidentenposten unter sich so gut wie verteilt hatte, so glaubte sie uns von der Durchführung unserer naturgemäß nun einmütig erhobenen Forderung abbringen zu können, wenn sie an die Gewährung eines Vizepräsidentenpostens an die sozialdemokratische Fraktion die Bedingung knüpfte, daß der dann Gewählte alle bisher üblichen Sojgänge mitzumachen habe. Dagegen verwahrten wir uns und stellen uns lebhaft auf den Boden der Verfassung und des Gesetzes von 1831, welches die Funktionen der Präsidenten regelt.

Danach regelt sich nun auch der Sojgang des Gesamtpräsidiums und mit diesem wird, wenn der Herzog bei gesetzgeberischen Aktionen die Ansicht des Landtagspräsidenten hören will — und auch nur dann! — unser Genosse, im bürgerlichen Vorläufig ist eben der Herzog bei der Gesetzgebung noch ein Faktor, der nicht ohne weiteres beiseite geschoben werden kann, und dessen Stimme so lange noch etwas gelten wird, als er, besonders bei unserem Einkammer-System, jedem Gesetze die Zustimmung versagen und damit auch die schärfsten Beschlüsse des Landtages gegenstandslos machen kann. Es kann also nicht behauptet werden, daß, wie die Dinge, die wir doch vorläufig nicht mit einem Male ändern können, liegen, ein Vizepräsident so ohne jede Bedeutung wäre, da in unserem Lande nun einmal der fast 84jährige Herzog — von jeder sein eigener Kanaker war und eine ganze Reihe gesetzgeberischer Aktionen auf seine unmittelbare persönliche Anregung zurückgeführt werden.

Gesetzt den Fall, es wären die Posten der Landtagspräsidenten mit der ausgesprochenen Aufgabe oder Verpflichtung, daß die Inhaber derselben mit dem Regenten bei beschleunigten gesetzgeberischen Maßnahmen vorher sich zu besprechen haben, der öffentlichen Wahl durch das Volk unterstellt, dann würde sich unsere Partei vielleicht mit aller Energie an diesen Wahlen beteiligen, um auch so zu versuchen, Einfluß auf den Charakter der Gesetzgebung zu erlangen. Versuchen wir dasselbe so doch bei jeder Wahlbeteiligung.

Unter parteigewissen republikanisches Gewissen darf sich heute absolut nicht empören, wenn wir als Abgeordnete den Eid schwören müssen: „Ich gelobe Treue dem Landesherren“. Aber sofort beginnt die Empörung gewisser „Uebereignen“, wenn ein Parteigenosse, der ein Menschenalter lang in der Partei an führender Stelle tätig ist, sich zur Besprechung von Parteiangelegenheiten zu einem alten 84jährigen Manne begibt, dem nun einmal das Schicksal so günstig gestimmt war, ihn von Geburt an zum Regenten eines Landes zu bestimmen.

Daß die Landtagsmehrheit uns den Vizepräsidentenposten einräumte, war sicher nicht eine Folge unserer schwachen Position. Es war das nichts mehr und nichts weniger als eine offene Kapitulation derselben Landtagsmehrheit, die noch vor zwölf Jahren die Ausschüßperre über die damals vier Sozialdemokraten verhängte, weil sie den — „Sojgange bei der Erringung des Landtages nicht mitgemacht hatten“.

Es spare man sich also außerhalb der meiningischen Grenzpfähle die Aufregung, daß die Meiningen sozialdemokratischen Abgeordneten das „Prinzip“ verraten hätten und zu Sojgängern geworden wären. Gätten wir das tun wollen, so wäre dazu foforgelegt bei den alljährlich vorliegenden Einladungen reichlich Gelegenheit vorhanden gewesen. Uns gelüftet oder nicht danach, wie eines der Parteimitglieder sich geschmackvoll ausdrückte, „auf dem Parteitag zu schartenzeln“. Wir betrachten die Möglichkeit, daß einer der Anwesenden, kraft der durch das Volk erteilten Man-

date, einmal der erwähnten Stelle die Meinung des Volkes über so verschiedene Schönheiten unserer Einrichtungen, wie das Gemeindegewalt, das Domänenwesen usw., äußern kann, für seine außerordentliche Ehre, die nun geeignet wäre, in uns das Prinzip des Klassenkampfes zu erlöschen, oder unsere Aktivität einzudämmen, aber wir fürchten auch nicht, daß dadurch der von uns zu diesem Posten Bestimmte an seinen Grundbesitz Schaden leiden könnte.

Das Gespenst des „Revisionsunwes“ hat eben in unserer Reihen schon gar manches Uebelthätige stülber und herüber verschubet und wenn ein sich selbst recht radikal vorkommender einmal etwas erndet, was nicht so ohne weiteres in eine bisher übliche Parteischablone hineinpaßt, so stößt er den Schredenruf „Revisionsunwes“ aus. Damit hat er dann seine eigene unumwandelbare Grundfestigkeit wieder einmal ins rechte Licht gerückt und der Reuener genügend „gelennzektet“. Das praktische Leben aber entfällt eben mehr Möglichkeiten, als die Echtigsten aller Schattierungen sich vorher in ihren Köpfen auszumalen vermögen. Sie mögen sich deshalb herüber über den Meiningen Fall und der Bekämpfung ihrer Phantasie ein anderes Tätigkeitsfeld anweisen, denn ein „Prinzip“ ist meiner Ueberzeugung nach nicht verlernt worden. Die Meiningen Sozialdemokratie hat sich allezeit weder geschlagen unter Voranstellung des sozialdemokratischen Prinzips und speziell im Landtage und außerhalb desselben hat sie sich die Anerkennung, die ihr heute allgemein zuteil wird, schrittweise und ohne Panziersverrat zu streben, mühsam erkämpft. Es kann deshalb nur unsere Heiterkeit erregen, wenn Leute, die das Gras wachsen hören, hier von einer „revisionsunweslichen Umwandlung“ reden.

Es hat dem Unbedenken Passalle, als einem der Besten, bisher nichts geschadet, daß man von ihm erzählt, er habe, mit Bismarck unter den Linden in Berlin spazierend, diesen dabei von der Notwendigkeit der Einführung des allgemeinen, gleichen, geheimen Wahlrechts zu überzeugen versucht. Ich glaube auch nicht, wenn das Parlamentarische wirklich stattfände, daß Passalle an seiner Seele Schaden genommen hat. Und so würde jedenfalls auch unser Genosse Wehber auf eine an ihn seitens des Herzogs gerichtete Frage, „ob er nicht angetrieben von diesen Forderungen gegenüber den arbeitenden Klassen nicht doch noch eine andere, als die sozialdemokratische Bestimmung bekommen würde“, dem Sinne nach antworten, was einst der Arbeiter Buchholz als „Pufferdelegierter“ Wilhelm dem Arbeiter zur Antwort gab, nämlich: „Malestut, da kennen Sie Buchholzensche Welt!“

Man braucht dem Genossen Hoffmann nicht in jeder Zeile zustimmen und kann doch der Hoffnung Ausdruck geben, daß die Differenzpunkte weiter in ruhiger und parteigewissen Form behandelt werden.

Die Reichskandidatur für Schwarzburg-Sondershausen wurde am Sonntag, den 19. Dezember in einer außerordentlichen Parteikonferenz in Krasbad dem Genossen E. Kesselring-Arnstadt einstimmig übertragen.

Arbeiterbewegung.

Der Rheinfelder Streiktravall vor Gericht. Dienstag, den 21. d. M. begann vor dem Landgericht in Weiden (Bayern) der Prozess gegen die Teilnehmer an dem Rheinfelder Streiktravall. Die Verhandlungen dürften vorwiegend zwei Tage in Anspruch nehmen. Zur Orientierung eine kurze Vorgeschichte des Streikess.

In Bad-Rheinfelden wurde vor zwei Jahren eine Aluminiumfabrik, eine Filiale der Aluminiumfabrik in Renhausen (Schweiz) errichtet. Dem christlichen Metallarbeiterverband gelang es, den größten Teil der Arbeiter zu organisieren, und zwar dadurch, daß ihnen der christliche Streikführer Engel baldige Erfolge in Aussicht stellte. Anfangs Juli kam es zu einer Lohnbewegung. Die Fabrikanten lehnten Verhandlungen ab, und es kam nun am 22. Juli zum Streik. Am 13. August wurden auf der nahen Station Bruggen „Arbeitswillige“ ausgesandt. Die Streikenden suchten durch Zuzug die Arbeitswilligen von der Aufnahme der Arbeit abzuhalten, wobei es zu geringfügigen Tätlichkeiten kam. Ein Meister drohte die Streikenden mit dem Revolver, der sich bei der Streikerei entlud. Die Verhaftung des schließlichen Meisters wurde abgelehnt. Dieser Umstand und die lange Dauer des Streikess sowie die Aussicht auf einen Misserfolg riefen eine große Erbitterung unter den Streikenden hervor. Dazu kam noch, daß auf den 15. August die Werkwohnungen gelüftet waren. Am selben Abend nach Eintreffen des Streikbrechertravalls fand eine Verlesung der Streikenden statt, in der Engel und ein Italiener sprachen, und im Anschluß an diese Versammlung bespannten sechs 9 Uhr der Umhän, die den Gegenstand der Anlage bildeten. Es wurden die Wohnungen einiger Fabrikmeister und Streikbrecher demoliert. Auch die Fabrik selbst wurde beschädigt. Der Fabrikbesitzer Biel feuerte aus einem Schweizer Militärgewehr unter die Streikenden, zunächst ohne zu treffen. Ein Schuß traf jedoch einen deutschen Arbeiter, der schwer verwundet zu Boden sank. Gleichzeitig schossen auch die Streikbrecher, die bewaffnet auf dem Fabrikshof standen. Ein italienischer Arbeiter blieb tot auf dem Platz.

In den folgenden Tagen wurden dann alle verfügbaren Soldaten des Bezirks und auch eine Kompanie des Königsregiments nach Rheinfelden beordert, die die Ruhe wieder herstellten. Gegen 20 Arbeiter und ein Dienstmädchen ist nun Anklage wegen Landfriedensbruch erhoben. Von der Staatsanwaltschaft sind 69 Zeugen geladen.

Der „christliche“ Sekretär Engel hatte behauptet, die Anruhen seien von den Sozialdemokraten angezettelt worden. Nun sieht aber kein einziger Streikorganisierter unter Anklage, dagegen gehören fast alle Angeklagten der christlichen Organisation an.

Gewerbetrichter und Geschäftsführer eines Unternehmervandes. Auf die Anzahl von uns mitgeteilte Nachricht, daß der Gewerbetrichter Metze in Plauen zugleich auch Geschäftsführer eines neugegründeten Fabrikantenvereins sei und daß sich dieses neue Amt mit dem eines Gewerbetrichters nicht vertrage, antwortet Herr Metze in einer längeren Kolumne an unser Zweifler Parteiblatt. Er vertritt nachzuweisen, daß er sich trotz des neuen Amtes für völlig unbeschaffen als Gewerbetrichter halte, im übrigen aber glaubte, im Interesse der Arbeiter zu handeln, da er in der Stellung als Geschäftsführer der Untermehrvereinigung den Abschluß eines Tarifvertrages fördern konnte. Der gute Glaube und die Absicht des Herrn Metze in Ehren — aber darum kommt es schließlich nicht an. So kommentiert denn auch das „Schlesische Volksblatt“ die Ausführungen des Herrn Metze sehr treffend also:

„Er überlebt ganz, daß es nicht nur darauf ankommt, wie er sich dabei fühlt, sondern auch wie die Öffentlichkeit und insbesondere die Arbeiter, die am Gewerbetrichter ihr Recht suchen, darüber urteilen. Deren Meinung geht fast einmütig dahin, daß beide Ämter unmöglich von einer Person ausgeübt werden können.“

Stellenausschreibung für kaufmännische Angestellte. Der Zentralverband der Handlungsgehilfen und Gehilfen hat dem Reichstag und dem Reichsamt des Innern Eingaben gemacht, in denen geltend wird, es müge durch Reichsgesetz bestimmt werden: 1. daß öffentlich-rechtliche Stellenausschreibungen für kaufmännische Angestellte und Gehilfen unter der Aufsicht der Verwaltung von Beamten und Gehilfen stehen; 2. daß die Stellenausschreibungen möglichen Stellenausschreibungen durch ein Gesetz, das nach § 34 der Gewerbeordnung, erforderliche Erlaubnis zum Betrieb ähnlich nicht mehr erteilt wird; und 3. daß die gewerbetreibende Veräußerung von Patenteinheiten verboten wird.

